

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

OSI-ZEITUNG 31. AUSGABE - WINTERSEMESTER 2025/26

© Andreas Wilcke

A portrait of Steffen Krach, a man with dark hair and a light beard, wearing a blue shirt and a grey blazer. He is looking slightly to the left with a thoughtful expression, his hand near his chin.

ZUR ZUKUNFT DER STÄDTE: global – lokal – Berlinwahl

mit Kandidat Steffen Krach

BLACKOUT

Stromausfall im
Studentendorf

AFD-VERBOT

OSI-MdBs
streiten

SPAZIERGANG

Nobelpreisträgern
auf der Spur



© Andreas Wilcke

TIMO GEMMEKE CLAIRE SAUTREAU CHRISTIAN WALTHER MARIE ZWICKER MATTHIAS TANG CHRISTINE KOLMAR
REDAKTIONSLEITUNG UND HERAUSGEBER DER OSI-ZEITUNG.

Die Zukunft der Städte

Noch nie sind Städte so rasant gewachsen wie heute. Bis 2050 werden etwa zwei Drittel der Menschheit in städtischen Agglomerationen leben. Im **Titelthema** macht **Dirk Messner, Chef des Umweltbundesamtes**, klar, warum Städte der zentrale Hebel für Klimaschutz sind. Und **OSI-Professorin Lena Partzsch** analysiert, warum Politik und Gesellschaft für diese Entwicklung noch nicht effizient und schnell genug agieren. In Berlin zeigen sich die Folgen konkret: umkämpfter Straßenraum, steigende Mieten, wachsende soziale Ungleichheit und abnehmende Lebensqualität. **Steffen Krach**, OSI-Absolvent, ehemaliger Berliner Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung und nun SPD-Spitzenkandidat glaubt zu wissen, wie es besser werden kann. Und dann ist da noch das Beispiel des beginnenden Wiederaufbaus ukrainischer Städte. Es macht deutlich, dass urbane Zukunft auch globale Verantwortung bedeutet.

Vier Jahre hat sich die OSI-ZEITUNG dafür eingesetzt, dass in Dahlem eine Promenade nach **Nora Schimming** benannt wird, jetzt wurde es beschlossen. Die ehemalige OSI-Studentin und spätere Diplomatin ist die erste Studentin, die erste Ausländerin und sogar die erste Frau nach und die einzige Frau neben Königin Luise, die in Dahlem so geehrt wird. Andere Ehemalige bevölkern unsere Rubrik **Leute**: Mit Buchpreisträgerin **Dorothee Elmiger** und Lyriker **Max Czollek** sind gleich zwei Literaten dabei. Ex-Verfassungsrichterin **Susanne Baer** hat sich am OSI wichtige Basics geholt, die es nebenan bei den Juristen nicht gab.

Und Abendschau-Moderatorin **Leonie Schwarzer** denkt immer noch freudig an die Wundertüte von der Ihnestraße. Durch die Straßen am Campus und dabei mitten durch deutsche Wissenschaftsgeschichte führt die **DahlemApp** der Max-Planck-Gesellschaft, vorgestellt in der Rubrik **Kultur & Co.**

Pro und Contra AfD-Verbot ist ein Thema in der Rubrik **Debatte**: Der Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, **Felix Banaszak** und die CDU-Bundestagsabgeordnete **Ingeborg Gräßle** beziehen Stellung. Außerdem geht es um die Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie um Sport und Politik: Was bringen Boykotte großer Sportereignisse wie den Olympischen Winterspielen?

Eine **Umfrage der OSI-Zeitung** unter den Studierenden am OSI in der Rubrik Campus verrät Näheres über ihr Alter, ihre Herkunft, finanzielle Situation und einiges mehr. Außerdem: Wie steht es um die psychologische Beratung der **Support:Points** und wie geht das OSI mit dem gekürzten Hochschuletat um? Unsere **Fotoreportage** zeigt, wie Studierende im Studentendorf Schlachtensee den Stromausfall Anfang des Jahres überstanden haben.

Wie immer sind unsere Gesprächspartner fast ausschließlich Studierende, Beschäftigte oder Ehemalige des OSI – das ist unser Alleinstellungsmerkmal. Wir laden ein zur Mitarbeit.

► INTRO 2

ZUKUNFT DER STÄDTE

Wie gestalten wir lebenswerte Städte der Zukunft?	5
UBA-Chef Dirk Messner zur urbanen Transformation <i>VON SIMON SCHUSTER</i>	
Klare Zuständigkeiten und positive Narrative	8
Wissenschaftliche Erkenntnisse zu erfolgreichem Klimaschutz in Städten <i>VON SIMON SCHUSTER</i>	
Markt, Staat oder beides?	12
Wie weiter mit dem Berliner Wohnungsmarkt? <i>VON LARA WAGNER</i>	
Für Lebensqualität kein Platz	15
Verkehrswende im Kampf um knappen Stadtraum <i>VON LAURA BONGARDT UND FINN POHST</i>	
Wer zahlt mit Zeit?	19
Was die 15-Minuten Stadt mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat <i>VON MALIN RACKLES</i>	
Der Kandidat	21
Wie ein OSIner die Zukunft Berlins gestalten würde <i>CHRISTINE KOLMAR, TIMO GEMMEKE UND SIMON SCHUSTER</i>	
Build Back Better	24
Warum der Ukraine-Wiederaufbau zur Chance für nachhaltige Stadtentwicklung wird <i>VON NORA HÖLLER</i>	

OSI-LEUTE

Von Dahlem nach Karlsruhe	29
Susanne Baer war Verfassungsrichterin - und OSI-Studentin <i>VON FINN POHST</i>	
Zwischenstopp am OSI	31
Dorothee Elmiger hat den Deutschen Buchpreis bekommen <i>VON EMMA DÖRMANN</i>	
Die Sprache der Enttäuschung	33
Max Czollek schreibt seit dem Studium Lyrik <i>VON MARIE ZWICKER</i>	

»Wie eine Wundertüte«	35
Abendschau-Moderatorin Leonie Schwarzer erinnert sich ans Studium <i>VON JUDITH WICKE</i>	
Im Angesicht der Autokraten	37
Sonja Schiffers arbeitet für die Böll-Stiftung in Georgien <i>VON LARA WAGNER</i>	

DEBATTE

Pro und Contra AfD-Verbot	40
Wie wehrhaft ist unsere Demokratie? <i>VON TIMON KRETSCHMAR</i>	
Spiele trotz Krieg?	42
Der olympische Gedanke bereitet Kopfschmerzen <i>VON LARA HAMPRECHT</i>	
Zumutung oder Notwendigkeit?	44
Die Debatte über den Wehrdienst <i>VON THERESA SCHILLER</i>	

CAMPUS

support.points: Anlaufstelle bei psychischen Problemen	48
Wie steht es um das »Mental-Wellbeing-Projekt«? <i>VON ALISSA JASCHIK</i>	
Jung und westdeutsch	51
Umfrage unter OSI-Studierenden <i>VON CLAIRE SAUTREAU</i>	
Blackout im Studentendorf	54
Tagebuch eines Stromausfalls <i>VON CLAIRE SAUTREAU</i>	
Neues aus dem OSI	57
<i>VON MATTHIAS TANG</i>	

KULTUR & CO

Die DahlemTour	60
Per App durch die Wissenschaftsgeschichte <i>VON MARA SCHREINER</i>	



© Pexels/ArtHouse Studio



© Pixabay/Alexandra Koch

Wie gestalten wir lebenswerte Städte der Zukunft?

UBA-Chef Dirk Messner zur urbanen Transformation

VON SIMON SCHUSTER

Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes, zählt zu den prägenden Vordenkern einer ökologisch-sozialen Transformation. Seit Jahren erforscht und vermittelt er, wie Nachhaltigkeit und politische Steuerung zusammengedacht werden können. Wir sprachen mit ihm über die Zukunft der Städte, jene Orte, in denen sich entscheidet, ob die große Transformation gelingt.

Herr Prof. Messner, welche Rolle kommt angesichts des fortschreitenden Klimawandels auf Städte zu?

Dirk Messner: Wir haben es mit einer enormen Stadtentwicklungsdynamik weltweit zu tun. Innerhalb der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird sich die Zahl der Menschen in städtischen Agglomerationen um etwa 3,5 – 4,5 Milliarden erhöht haben. Damit wird eine globale Städteinfrastruktur entwickelt, vergleichbar mit dem, was seit der neolithischen Revolution vor 10.000 Jahren bis zum Ende des 20. Jahrhunderts entwickelt worden ist. Das, was wir jetzt in diesem halben Jahrhundert tun, ist also von herausragender Bedeutung. Wir verändern den Planeten durch die Infrastrukturen, die wir bauen, und mit der Geschwindigkeit, in der das stattfindet. 70 % der Treibhausgasemissionen und etwa 70 % der Ressourcenflüsse haben mit den Städten zu tun. Das heißt, ob wir da erfolgreich sind, wird darüber entscheiden, ob wir unsere Klimaschutz- und Umweltziele überhaupt realisieren können.

Sie sagen oft, Klimaschutz müsse mit einem besseren Leben verbunden sein. Was bedeutet das konkret?

Eine kluge Klima- und Umweltpolitik stärkt unsere Gesundheit. Weniger Lärm, bessere Luft, weniger Hitzestaus wären in unseren Städten zu erreichen, wenn wir den Verkehr zurückdrängen und öffentliche Verkehrsmittel stärken.

Viele Studien zeigen zudem, dass unser Empfinden von Lebensqualität sehr viel damit zusammenhängt, wie die 1,5 Quadratkilometer um uns herum gestaltet sind. Dazu brauchen wir auch blau-grüne Infrastrukturen. Grüne Infrastruktur, das sind Parkanlagen, das sind Alleen, die unsere Städte gesünder machen, weil sie die Luft sauber halten und Temperaturen kühlen. Blaue Infrastrukturen führen einerseits das Wasser in die Städte und halten es dort, andererseits tragen sie dazu bei, dass es nicht zu Extremwetterereignissen kommt. Eine Stadt, die grüne und blaue Infrastruktur ausbaut, wird dazu beitragen, dass Menschen ihre Lebensumgebung als angenehm empfinden.

Eine weitere Dimension ist Sicherheit. Wenn wir an das Desaster im Ahrtal denken, sehen wir, dass unsere Infrastrukturen auf lokaler Ebene nicht auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet sind. Eine kluge Klimaanpassungspolitik kann auch die menschliche Sicherheit in unseren Städten erhöhen.



Prof. Dr. Dirk Messner studierte von 1982 bis 1988 Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin. Hier promovierte und habilitierte er auch. Von 2003 bis 2018 war er Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, daneben von 2004 bis 2019 Mitglied und lange Jahre Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Seit 2020 ist er Präsident des Umweltbundesamtes, seit 2024 zudem außerplanmäßiger Professor am OSI.

Welche politischen Stellschrauben müssen gedreht werden, damit Städte tatsächlich handlungsfähig werden?

Wissen ist sehr wichtig. Städte stehen vor großen Herausforderungen und brauchen deswegen gute Kanäle zu Wissenschaftsorganisationen, mit denen sie zusammenarbeiten, um ihre Probleme zu lösen. Unsere Forschungskapazitäten im Bereich der Unterstützung unserer vielen Städte bei all diesen komplexen Aufgaben sind nicht hinreichend entwickelt.

Bürgerinnen und Bürger müssen außerdem die Maßnahmen, die auf sie zukommen, als angemessen empfinden. Das ist häufig nicht der Fall. Die soziale Ausgestaltung der Nachhaltigkeitspolitik ist Bedingung dafür. Oft kumulieren bestimmte Nachhaltigkeitsherausforderungen gerade bei Leuten, die sozial benachteiligt sind. Sie leben häufig in schlecht isolierten Wohnungen oder an lauten Straßen mit hoher Luftverschmutzung. Auf diese vulnerablen Gruppen muss man besonderes Augenmerk haben, damit sie für den Transformationsprozess und die Demokratie nicht verloren gehen.

In welchen Sektoren sehen Sie die meisten Fortschritte und wo den meisten Nachholbedarf?

Wir machen große Fortschritte in der Energiepolitik. Die Erneuerbaren sind in den letzten Jahren dynamisch ausgebaut worden und wir können unsere Klimaziele für 2030 aller Einschätzung nach erreichen.

Aber wir haben zwei Sektoren, in denen wir stark hinterherhinken. Das sind zum einen die Gebäude. Etwa 50 Prozent der Klimabilanz der Häuser hat mit Heizen und Kühlen zu tun. Die anderen 50 Prozent hängen mit der Bauphase zusammen. Glas, Beton, Zement und Stahl, das sind alles treibhausgasintensive Produkte. Wir müssen beim Heizen und Kühlen umsteigen auf die erneuerbaren Energiequellen, die uns zur Verfügung stehen. Und wir müssen Baumaterialien nutzen, die einen geringeren Klima-Impact haben. Zum anderen ist da die Mobilität. Wir müssen unsere Mobilitätssysteme so umbauen, dass Lebensqualität vorangebracht wird und zugleich aus den Fossilen nach und nach aussteigen.

Wenn Sie auf andere Länder oder Regionen blicken, wo sehen Sie spannende Beispiele für zukunftsfähige Städte und was könnte Deutschland davon lernen?

Ich bin total begeistert, jedes Mal, wenn ich in die Niederlande reise. In niederländischen Städten wird ein signifikanter Teil der Mobilitätsinfrastruktur für Fahrradfahrer und Fußgänger reserviert. Das verändert das Stadtbild, das Mobilitätsverhalten, verbessert den Klimaschutz. Dort sieht man, wie Mobilitätsflüsse reorganisiert werden können. Das wirkt sich auf die Gesundheit aus, auf die Lebensqualität der Menschen, auf das Grün in den Städten.



Klare Zuständigkeiten und positive Narrative

Wissenschaftliche Erkenntnisse zu erfolgreichem Klimaschutz in Städten

VON SIMON SCHUSTER

Mit fortschreitendem Klimawandel, dysfunktionaler Infrastruktur und sozialen Schieflagen geraten Städte weltweit immer stärker unter Druck. Gut die Hälfte der Weltbevölkerung lebt derzeit in Metropolregionen. In weniger als 20 Jahren werden es voraussichtlich zwei Drittel aller Menschen sein. Städte sind die Zukunft des globalen Lebens. Den vielfältigen damit verbundenen Herausforderungen scheinen wir jedoch nicht gewachsen zu sein, insbesondere nicht beim Klimaschutz.

Im politischen Mehrebenensystem stehen Städte mit den Kommunen auf unterster Ebene, internationale und nationale Beschlüsse werden hier praktisch umgesetzt. Sie spielen also eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels. Jedoch kommt die Umsetzung von konkreten Klimaschutzmaßnahmen nur wenig voran.

Was hemmt den Fortschritt im urbanen Klimaschutz?

Lena Partzsch, Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Umwelt- und Klimapolitik am OSI und drei ihrer Masterstudierenden forschen zu der Etablierung von Klimaschutzmaßnahmen in Städten, zu deren Voraussetzungen und Auswirkungen.

An Motivation zu Veränderung mangle es nicht, sagt Partzsch. Vielmehr bestehe ein Problem mit unklaren Zuständigkeiten. »Auf Ziele müssen politische Maßnahmen mit entsprechenden Verantwortlichkeiten folgen.« Letztere müssten

klar benannt und auch Sanktionsmöglichkeiten eingerichtet werden. »Klimaschutz geht uns alle an, aber wenn alle verantwortlich sind, dann ist es letztlich niemand.«



© Cheymae Boulehna

Prof. Dr. Lena Partzsch ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Umwelt- und Klimapolitik am Otto-Suhr-Institut. Hier hat sie auch ihr Diplom abgelegt und promoviert. 2014 habilitierte sie an der Universität Münster. Ab 2021 leitete sie das Fachgebiet Umweltgovernance an der TU Berlin, bevor sie 2022 als Professorin an das OSI zurückkehrte.



Marcel Bazalinski hat Ende 2025 seinen Master in Politikwissenschaft am OSI abgeschlossen. Seine Masterarbeit schrieb er zu den Resilienzstrategien deutscher Großstädte wie Leipzig, Hamburg und München.

Hinzu komme, dass Klimaschutz in Deutschland auf kommunaler Ebene freiwillig ist. Bevor die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen beschlossen werden kann, müssen erst alle kommunalen Pflichtaufgaben erfüllt werden. Partzsch betont: »Solange Klimaschutz freiwillig ist, gibt es ihn eben kaum.« Der Stellenwert des Klimaschutzes und die Verteilung der Gelder hängen sehr stark davon ab, welche Parteien wie stark in einem Stadtrat vertreten sind, ergänzt Marcel Bazalinski, ehemaliger Masterstudent bei Partzsch.

Um diese Probleme zu lösen, müssten Zuständigkeiten konkret gesetzlich geregelt und dezidierte Klimaschutzreferate in den Kommunen geschaffen werden, die über ein eigenes Budget verfügen.

Einen weiteren wichtigen Schlüssel zu erfolgreichem Klimaschutz auf lokaler Ebene sieht Partzsch im gemeinsamen Handeln innerhalb der Kommunen. Durch gegenseitigen Austausch und das Suchen nach Gemeinsamkeiten könnten Ziele effektiver erreicht werden, es entstehe eine »Handlungsmacht von unten«. Als gutes Beispiel dafür nennt sie Münster. Die Stadt wurde lange mit parteiübergreifendem Konsens von der CDU regiert und gilt heute als grüne Vorreiterstadt.

Klimaschutzmaßnahmen stoßen oft auf Widerstand in der Bevölkerung. Ein Problem: Klimaschutz hat ein unattraktives Image, er wird mit Verboten assoziiert, Schlagwörter wie Klimanotstand klingen sehr nach Zwang.

Lennart Brien, aktuell Masterstudent im Team Partzsch, nennt Möglichkeiten, um dem entgegenzuwirken: den Menschen positive Visionen aufzeigen, betonen, was sie gewinnen können, wie Verkehrssicherheit oder bessere Luftqualität. Manchmal reiche auch nur ein Wandel in der Terminologie: »Es gibt Überlegungen, statt Klimaschutzmaßnahmen Heimatschutz zu sagen. Darauf reagieren die Leute völlig anders und kommen zu Veranstaltungen«, berichtet Bazalinski aus seiner Forschung. Partzsch erläutert, dass Notstandsnarrative zwar die Dringlichkeit unterstreichen, aber dadurch eine »top-down-Tendenz« entstehe: für lange Verhandlungen fehle die Zeit, es müsse sofort gehandelt werden. »Das birgt immer ein autoritäres Risiko.« Die Forschung zeige zudem, dass sich gegen »top-down-Maßnahmen« oft Widerstand rege.

Um dies auszugleichen, müssten zunehmend auch die Menschen vor Ort in die Planung eingebunden werden. Rebecca Möbius, ebenfalls Masterstudentin bei Partzsch, sieht eine Chance dazu in der Gründung von lokalen Bürgervertretungen. »So fühlen sich die Menschen stärker abgeholt und es gibt mehr Input-Legitimität.«

Um den Klimaschutz in den Städten erfolgreich voranzubringen, braucht es also drei essentielle Voraussetzungen: klar geregelte Zuständigkeiten und Budgets, positive Narrative sowie Beteiligung der Bürger an den Wandelprozessen. Das Ziel ist, wie Partzsch es formuliert: »Eine lebenswerte Stadt für alle mit möglichst viel Grün«, ohne Luft-, Lärm- oder Hitzestress.



© privat

Lennart Brien, Masterstudent am OSI, betrachtet für seine Masterarbeit die sozialen Auswirkungen der Berliner Umweltzone innerhalb des S-Bahnringes.



© privat

Rebecca Möbius studiert am OSI Politikwissenschaft im Master und schreibt derzeit ihre Masterarbeit über die soziale Dimension nachhaltiger Verkehrspolitik, konkret am Beispiel der in partizipativen Verfahren entwickelten Kiezblocks in Berlin.



© Unsplash/Adrian Trinkaus

Markt, Staat oder beides?

Wie weiter mit dem Berliner Wohnungsmarkt?

VON LARA WAGNER

18 Monate – ein halbes Bachelorstudium, drei-viertel Masterstudium oder die durchschnittliche Wartezeit auf einen Berliner Wohnheimplatz. Wer zum Studieren in die Hauptstadt zieht, hat es nicht leicht.

Sanierungsstau in den Wohnheimen

Aktuell hält das Studierendenwerk in Berlin 9.200 Plätze für etwa 5% der Studierenden bereit. Das sind nur halb so viele wie im Bundesdurchschnitt. Konsequenz: Jedes Semester

warten rund 4.000 Bewerber:innen auf einen der begehrten Plätze. Das gehe schon seit 2012 so und werde sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern, berichtet Pressesprecherin Jana Judisch. Denn das studentische Wohnen muss sich aus den Mieten finanzieren. »Zum BAföG-Satz vermieten heißt aber auch, dass Sie kein Geld zum Sanieren haben,« so Judisch. Dadurch sei ein Sanierungsstau von über 120 Millionen entstanden, der das Studierendenwerk vor ein Dilemma stellt: Kräftige Mieterhöhungen auf Kosten des eigenen Sozialauftrags oder der kontinuierliche Verfall der Substanz aus den 90er-Jahren.

Zwar gäbe es Bundesfördermittel im Programm Junges Wohnen, allerdings kann das Studierendenwerk diese wegen einer Landesrichtlinie nicht beantragen.

Inzwischen sei man sogar so weit, zu überlegen, die aktuelle Wohnhöchstdauer von fünf Jahren herabzusetzen. Das ist aber auch kein Ausweg: »Wenn die Studierenden nichts haben, wo sollen sie denn hin«, fragt Jana Judisch und verweist auf den hohen Anteil internationaler Studierender in Wohnheimen, die es auf dem freien Berliner Wohnungsmarkt ohnehin schwieriger hätten.

Auch der Mietmarkt macht Probleme

Denn auf diesem sieht es nicht besser aus. Zu Beginn des Wintersemesters 2025 lag die durchschnittliche Warmmiete für ein unmöbliertes WG-Zimmer bei 600 €. Berlin ist damit bundesweit die drittteuerste Stadt. Zudem sind die Mieten bei Neuvermietung in den letzten zehn Jahren um etwa 85 % auf durchschnittlich 15,74 €/qm angestiegen. Dadurch entsteht eine Kluft von 118 % zwischen ortsüblichen Vergleichsmieten und Neuvermietungen, die vor allem jene belastet, die neu in die Stadt ziehen.

Dass das so nicht weitergehen kann, sind sich alle Parteien einig. Nicht aber in der Analyse des zugrundeliegenden Problems. CDU-Mitglied und OSI-Absolvent Frank Bewig ist Bezirksbürgermeister in Spandau.

Er erinnert sich, wie vor 20 Jahren ein Überangebot den Mietpreis unten hielt: »Die damaligen Senate haben damals verschlafen, in Berlin Wohnungen zu bauen.« Als »großer Fan der sozialen Marktwirtschaft« sehe er aber auch Regulierungsbedarf und fordert eine Mischung aus öffentlichem und privatem Engagement, aus »bauen, bauen, bauen, aber auch einem Planungsinstrument wie dem Mietenspiegel, an dem man sich orientiert«.

Als ehemaliger Baustadtrat hat Bewig allerdings auch miterlebt, dass auch die Rahmenbedingungen stimmen müssen, damit gute Projekte ihr Ziel erreichen: »In einigen Fällen hat das Land in Spandau versäumt, die erforderliche Verkehrsinfrastruktur rechtzeitig mitzubauen. Deshalb weiß ich heute nicht, ob ich alle Bauprojekte noch in gleicher Weise unterstützen würde, obwohl der Bedarf an Wohnraum unbestritten war.« In Konsequenz hätten Teile des Bezirks heute große Mobilitätsprobleme.



© Yves Sucksdorff

Frank Bewig ist seit 1995 CDU-Mitglied und seit März 2023 Bezirksbürgermeister seines Heimatbezirks Spandau. Nach dem OSI-Diplom 2004 arbeitete Bewig zunächst in der Eingliederungshilfe. Anschließend war er sieben Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Kai Wegner im Bundestag. Seit 2014 hatte Bewig mehrere Bezirksstadratsposten inne, zuletzt für Bildung, Kultur und Sport.

Kommunaler Wohnungsbau als Lösung?

»Im Gegensatz zur CDU sind wir nicht der Auffassung, dass jeder Neubau hilft,« sagt Niklas Schenker, wohnungspolitischer Sprecher der Linken im Abgeordnetenhaus und ebenfalls OSIaner. »Das Problem auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist, dass wir es mit sehr vielen dreisten Vermietern zu tun haben und einem Senat, der nichts dagegen unternimmt.«

Schenker hat Gegenvorschläge. Die Linke fordert einen Mietendeckel für landeseigene Wohnungsbauunternehmen und ein kreditfinanziertes kommunales Wohnungsbauprogramm – durchgeführt von einer neuen kommunalen Planungsgesellschaft. Zudem will sie ein Landesamt für Wohnungsmieten, das mit mindestens 100 neuen Stellen gegen Mietwucher und illegale Ferienwohnungen vorgehen soll. Auch hier sind Studierende etwa durch ein Umgehen der Mietpreisbremse durch unrechtmäßig befristete WG-Zimmer betroffen. Schenker spricht von einem »massiven Rechtsdurchsetzungsdefizit« bei Mietwucher, Leerstand oder Zweckentfremdung und will die neue Behörde daher um eine neue Schwerpunktabteilung Mietkriminalität in der Staatsanwaltschaft ergänzen. Zur Gegenfinanzierung schlägt die Linke eine Anhebung und progressive Staffelung der Grunderwerbssteuer und das Einstampfen der Wohneigentumsförderung vor.

Auch vor der Enteignung und Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen schreckt Schenkers Fraktion nicht zurück und verweist auf das Urteil der Expert:innenkommission des Senats, die grünes Licht für Vergesellschaftungen unter Marktpreis gegeben hatte. Frank Bewig sieht das Instrument skeptisch: »Es würgt wirtschaftliches Handeln ab. Investoren, die privat bauen wollen, werden abgeschreckt, investieren woanders und wir haben im Ergebnis weniger Wohnungen.«



© Bastian Bochinski

Niklas Schenker hat 2022 den PoWi-Master am OSI mit einer Abschlussarbeit zum Berliner Mietendeckel abgeschlossen. Seit November 2021 ist Schenker für die Linke Mitglied im Abgeordnetenhaus und neben der Wohnungspolitik auch für Fuß- und Radverkehr und Clubkultur zuständig. Zuvor war Schenker Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf. Viele Jahre hat er in einer Punkband gespielt.

Kompromisse wären möglich

Aktuell führen CDU und Linke die Umfragen zur Abgeordnetenhauswahl an. Die Wahl im September wird so auch entscheiden, ob der viel benötigte Wohnraum in Zukunft eher privat oder öffentlich gebaut wird. Jenseits dieser Grundsatzfrage sollten allerdings alle Parteien ein Interesse daran haben, durch Personalaufstockungen Mietwucher und Zweckentfremdung konsequenter zu bekämpfen. Ein möglicher erster Kompromiss zwischen den sonst unversöhnlichen Positionen.



Für Lebensqualität kein Platz

Verkehrswende im Kampf um knappen Stadtraum

VON LAURA BONGARDT UND FINN POHST

Ausführungsvorschriften, Sichtachsen, Klassifizierung von Lichtsignalanlagen: So klingt die Infoveranstaltung zum Umbau der Torstraße. Bürokratie bis ins Detail, aber keine Spur von einer Zukunftsvision. Dabei ist die Torstraße eine der wichtigsten Verkehrsachsen Berlins. Ab Mitte 2026 soll sie umgebaut werden – in zwei Bauabschnitten über insgesamt fünf Jahre. Viele Anwohner:innen reagieren skeptisch. Auch, weil für den Umbau 34 Bäume gefällt werden sollen. Sie würden die Sichtachsen der Verkehrsteilnehmer:innen einschränken, erklären die Planer.

In der Fragerunde meldet sich ein Mann mit Dreitagebart zu Wort: »Wo in Gottes Namen ist die Vision dafür, was man mit dieser Straße machen kann?« Er vergleicht Berlin mit Paris und attestiert der deutschen Hauptstadt einen »traurigen« gestalterischen Willen. Was ihn und viele andere Anwohner:innen in ihrer Kritik vereint, ist das Thema Lebensqualität. Sie wollen einen Ort, an dem sie leben können, und durch den man nicht nur durchfährt.

Seit 2023 leitet die CDU die Berliner Senatsverwaltung für Mobilität. Ihr Leitbild: Die Gleichberechtigung aller Verkehrsformen. In der Torstraße heißt das konkret: vier Autospuren, Radverkehr auf Fahrbahn und Gehweg, Parkplätze zu Randzeiten auf den äußeren Fahrspuren. Die Straße müsse leistungsfähig bleiben, argumentiert Projektleiter Güngör für die vier Autospuren – auch für Polizei und Feuerwehr. Kritiker wie der BUND halten dagegen: Der Autoverkehr sei in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, vier Spuren daher überflüssig.



© Vincent Villwock

Bettina Jarasch, geboren 1968, studierte an der FU und am OSI Philosophie, Politik- und Literaturwissenschaft und arbeitete zunächst als Journalistin. 2009 trat sie Bündnis 90/Die Grünen bei. Zunächst spezialisierte sie sich im Bundesvorstand der Partei auf Familien- und Religionspolitik. 2016 wurde sie zum Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses gewählt und engagierte sich zunehmend für Klimaschutz und Verkehrspolitik. 2021 bis zur Wiederholungswahl 2023 war sie Berlins Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz sowie Bürgermeisterin. Seit 2023 ist sie zusammen mit Werner Graf Fraktionsvorsitzende der Berliner Grünen.



© Unsplash/Gunnar Ridderstrom

Knappen Stadtraum gerecht verteilen

»Der Wettbewerb um den Straßenraum ist einer der sichtbarsten gesellschaftlichen Konflikte in Städten«, sagt Johannes Oetjen, Referent für Internationale Klima- und Verkehrspolitik beim Think Tank Agora Verkehrswende. Platz sei eben per Definition begrenzt, und im Moment nehme der Autoverkehr in Berlin einen sehr großen Teil ein. Das liege nicht nur am fahrenden, sondern vor allem am ruhenden Verkehr. Innerhalb des S-Bahn-Rings wurden 2022 rund 229.000 Parkplätze gezählt: eine Fläche von etwa 400 Fußballfeldern. Damit gibt es hier zehnmal mehr Fläche für Parkplätze als für Spielplätze.

Für eine gerechtere Verteilung des Stadtraums seien zwei Faktoren zentral: Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit. Laut IPCC stammten 2019 rund 70 Prozent der Emissionen im Transportsektor von Straßenfahrzeugen. Ein großer Hebel für mehr Klimagerechtigkeit liege deshalb in einem effizienterem Verkehr, so Oetjen: mehr geteilter Verkehr (sprich ÖPNV), mehr zu Fuß gehen und mehr Rad fahren. Der verbleibende Autoverkehr müsse dann möglichst klimaneutral organisiert werden, etwa durch Elektromobilität. Doch Verkehrspolitik sei mehr als die Aufrechnung von Emissionen.

»Verkehr bildet oft die Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe«, sagt Oetjen. Er entscheidet darüber, ob Menschen ihren Arbeitsplatz erreichen, wie lange Kinder zur Schule brauchen oder wie schnell Hilfe im Notfall verfügbar ist. Eine soziale Verkehrswende müsse sich an genau diesen Fragen orientieren.

Deutschland ist ein Autoland

Dass solche Veränderungen Widerstand hervorrufen, sei normal. Und so war es auch in Paris, das heute oft als Vorbild einer gelungenen Verkehrswende gilt. Die Politik der Bürgermeisterin Anne Hidalgo wurde als bevormundend und sozial exklusiv bezeichnet. Erst schrittweise, begleitet von Bürgerbeteiligung, änderte sich die Stimmung. Heute sind viele Pariser:innen vom Auto aufs Fahrrad umgestiegen, die Luftverschmutzung ist deutlich gesunken – und eine Mehrheit bewertet die Maßnahmen unter Hidalgos Regierung positiv.

Zurück nach Berlin: Zwischen 2016 und 2023 versuchten die Grünen auch hier, umweltfreundliche Verkehrsmittel deutlich zu stärken. Der Ausbau von Radwegen kam jedoch nur schleppend voran, verkehrsberuhigte Maßnahmen wurden juristisch angefochten.



Als Referent für Internationale Klima- und Verkehrspolitik beschäftigt sich Johannes Oetjen seit Juni 2023 beim Think Tank Agora Verkehrswende mit der Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen im weltweiten Verkehr. Er studierte von 2015 bis 2019 am OSI und ging anschließend für den Master in European Affairs an die Science Po Paris. Nach einem Jahr bei der französischen Beratungsagentur CNTVRS, wo er sich mit der strategischen Aufstellung von Unternehmen im Verkehrs- und Energiesektor beschäftigte, kehrte er nach Berlin zurück.

»Deutschland ist ein Autoland, in dem die Verkehrswende wahnsinnig umkämpft ist«, sagt die ehemalige Verkehrssenatorin Bettina Jarasch. Jeder wegfallende Parkplatz löse teils massiven Protest aus. Akzeptanz zeige sich oft erst im Nachhinein, wenn die Vorteile der getroffenen Maßnahmen sichtbar würden. Erschwert wird die Verkehrspolitik in Berlin zusätzlich durch die föderale und mehrstufige Verwaltungsstruktur. Für Bundesfernstraßen wie die A100 liegt die Verantwortung beim Bund, für das übergeordnete Hauptstraßennetz – etwa die Torstraße – beim Land, Neben- und Bezirksstraßen fallen in die Zuständigkeit der Bezirke. Eine Abstimmung zwischen diesen Ebenen kostet Zeit und Geld. Oetjen plädiert deshalb für eine frühere Koordination aller Beteiligten und klare Zuständigkeiten.

Verkehrswende für mehr Lebensqualität

Ein Ansatz, der in Berlin bereits vergleichsweise gut funktioniert, kommt von unten. In sogenannten Kiezblocks entwickeln Anwohner:innen Konzepte, um Durchgangsverkehr aus Wohnstraßen herauszuhalten. Autos dürfen weiterhin in Blocks hineinfahren, sie aber nicht mehr durchfahren. In mehreren Bezirken wurden solche Blöcke bereits umgesetzt. Aktuell hat die Bewegung allerdings mit großem Widerstand der CDU-geführten Senatsverwaltung zu kämpfen.

Großes Potenzial sieht Oetjen außerdem in der Parkraumbewirtschaftung. Das Parken für Anwohner:innen werde in Berlin bislang stark subventioniert. Ein Bewohnerparkausweis kostet 20,40 Euro für zwei Jahre – weniger als die Verwaltungskosten. Für derartige Fälle schlägt Oetjen ein Bonus-Malus-System vor: klimaschädliches Verhalten verteuern, nachhaltige Alternativen fördern. Das erfordere politische Konsequenz – und Tempo. »Je länger wir warten, desto teurer wird es«, warnt Oetjen mit Blick auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2045.

Die Verkehrswende ist also nicht nur ein technisches, sondern vor allem auch ein gesellschaftliches Projekt. Sie entscheidet nicht nur darüber, ob der Stadtraum dem reibungslosen Verkehr dient – sondern auch, ob Bewohner:innen Raum für Aufenthalt und Begegnung haben. Eine gerechtere Verteilung des Stadtraums in Berlin würde auch der Torstraße das zurückbringen, was in den aktuellen Plänen fehlt: Lebensqualität.



Wer zahlt mit Zeit?

Was die 15-Minuten Stadt mit sozialer
Gerechtigkeit zu tun hat



VON MALIN RACKLES

Morgens um halb acht steht Julia P. mit ihrem vierjährigen Kind an der Bushaltestelle am Stadtrand. Drei Umstiege bis zur Kita, danach weiter zur Arbeit in die Innenstadt. Fast zwei Stunden ist sie jeden Morgen unterwegs – Zeit, die ihr für ihr soziales Netz, Erholung oder Engagement fehlt. Julias Alltag ist kein Einzelfall, sondern Alltag vieler Berliner:innen. Er zeigt: Der Zugang zu unserer Stadt ist ungleich verteilt.

Mobilität ist eine soziale Frage

Mobilität in Großstädten ist mehr als eine technische oder verkehrsplanerische Frage – sie entscheidet radikal über Teilhabe, Lebensqualität und Chancen. Die Idee kurzer Wege geht schon auf klassische Stadtplanung der 1920er Jahre zurück, ihre heutige Gerechtigkeitsdimension hat jedoch ihre theoretischen Wurzeln in feministischen, anti-kapitalistischen und intersektionalen Perspektiven auf städtische Räume. Studien zeigen, dass Menschen mit geringem Einkommen häufiger von sogenannter Mobilitätsarmut betroffen sind: Sie legen längere Wege zurück, haben schlechteren Zugang zum ÖPNV und verlieren täglich wertvolle Zeit. Auch Menschen mit internationaler Geschichte benötigen im Schnitt mehr Zeit für gleich lange Wege, ebenso FLINTA* und Menschen mit Sorgeverantwortung, die oft komplexere und längere Alltagsrouten bewältigen müssen.

Diese ungleiche Verteilung von Zeit – sogenannte »Zeitungleichheit« – verstärkt soziale Ungleichheiten. Besonders in Städten wie Berlin zeigt sich das deutlich: In vielen Stadtvierteln kommen Armut, Umweltbelastungen, schlechte Infrastruktur und eingeschränkte Mobilitätsoptionen zusammen. Wer weit draußen wohnt, zahlt oft mit Zeit.

Andere Städte zeigen: Es geht auch anders

Internationale Beispiele machen deutlich, dass Stadtentwicklung gerechter gestaltet werden kann. In Barcelona wurden seit 2016 sogenannte Superblocks (»Superilles«) eingeführt: Der Auto-Durchgangsverkehr wird stark eingeschränkt, Straßenraum für Fuß- und Radverkehr sowie für Aufenthalt umgewidmet. In einzelnen Quartieren sank der Autoverkehr drastisch, während Sicherheit, Aufenthalts- und Lebensqualität stiegen. Der Effekt ist nicht nur ökologisch, sondern auch sozial; öffentlicher Raum wird für alle nutzbar.

Paris verfolgt mit der »15-Minuten-Stadt« (»Ville du quart d'heure«) einen ähnlichen Ansatz. Ziel ist es, dass alle wichtigen Alltagsfunktionen (Wohnen, Arbeit, Bildung, Einkauf, Freizeit) innerhalb von 15 Minuten erreichbar sind. Grundlage ist eine polyzentrische Stadtstruktur mit dichter Nahversorgung, kurzen Wegen und weniger Autonutzung. Das reduziert Abhängigkeiten, spart Zeit und stärkt lokale Nachbarschaften.

Auch außerhalb Europas gibt es erfolgreiche Beispiele. In Portland (USA) werden seit Jahren »20-Minute Neighborhoods« entwickelt. Durch schrittweise, partizipative Planung und den Ausbau von Infrastruktur gelten heute über 60 % der Haushalte als gut versorgt. Entscheidend ist dabei die Kombination aus Mobilität, Nahversorgung und Beteiligung.

Und Berlin?

Politisch ist die Idee auch hier angekommen: Das Abgeordnetenhaus beschloss 2023 die Umsetzung der 15-Minuten-Stadt, sie ist Teil der Smart-City-Strategie des Senats und wird sogar touristisch vermarktet. Auch auf Bundesebene werden entsprechende Projekte gefördert. In der Praxis jedoch bleibt die Umsetzung zögerlich. Modellprojekte wie die Berliner »Kiezblocks« wurden gestoppt; Zuständigkeiten sind fragmentiert; Debatten über Parkplätze, Lieferverkehr und Finanzierung blockieren Fortschritte.

Anders als in Barcelona oder Paris bleibt das Zukunftspotenzial Berlins bislang abstrakt. Projekte sind punktuell, oft symbolisch, und selten spürbar für diejenigen, die lange Wege und Zeitverlust am stärksten betreffen.

Fazit

Die Vision einer Stadt, in der kurze Wege nicht vom Einkommen oder Wohnort abhängen, existiert längst. Doch solange sie nicht konkret, sichtbar und sozial priorisiert umgesetzt wird, bleibt sie ein Versprechen. Die 15-Minuten-Stadt ist kein Lifestyle-Konzept, sondern ein wichtiges Instrument für mehr Gerechtigkeit. Ob Berlin diesen Anspruch einlösen wird, entscheidet sich nicht in Strategiepapieren, sondern im erlebten Alltag der Berliner:innen.



Der Kandidat

Wie ein OSlaner die Zukunft Berlins gestalten würde

VON CHRISTINE KOLMAR, TIMO GEMMEKE UND SIMON SCHUSTER

Es ist eher leise, wie er den Raum betritt, dennoch mit hoher Energie, Präsenz, Konzentration. Wenn Steffen Krach seine alte Alma Mater besucht, merkt man ihm eine gewisse Freude an vergangenen Zeiten an. Doch eigentlich interessiert den SPD-Spitzenkandidaten für die Abgeordnetenhauswahlen im September nur eines: Er will diese Stadt, die er schon als Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung durchkämmt hat, am liebsten ganz neu

formatieren. Behutsam, wenn möglich im Team mit allen, aber vor allem entschlossen. Ein Mann von klaren Entscheidungen, ohne langes Rumdiskutieren. Das ist die Botschaft, die er von sich verbreiten will.

Ein professioneller Auftritt im Hörsaal A des Otto-Suhr-Instituts. Aber was konkret heißt das für die zahlreichen Problemfelder Berlins?

20.000 neue Wohnungen pro Jahr, aber keine auf dem Tempelhofer Feld

Die Wohnungsnot in Berlin ist natürlich auch für Krach eines der vordringlichsten Themen. Er will sie, so wie auch die aktuelle schwarz-rote Koalition, durch Neubau angehen. 20 000 neue Wohnungen pro Jahr sollten gebaut werden. Private Investoren sind für Krach, den noch amtierenden Regionspräsidenten Hannovers, sehr willkommen, „solange sie sich an die Gesetze halten.“ Sollten Bauverfahren auf Bezirksebene zu lange dauern, müsse der Senat zudem direkt eingreifen können.

Eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes schließt Krach klar aus: »Sie löst keine Wohnungsnot.« Sein Standpunkt: »Es gibt genügend andere freie Flächen in Berlin, die entwickelt werden müssen.« Sein wichtigstes Argument gegen die Randbebauung ist jedoch, dass die langjährige Diskussion nach dem Volksentscheid von 2014 beendet werden muss. »Man muss entscheiden«, sonst entstehe nur Frust.

Bei der Thematik des Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen will sich Krach – anders als die Linke, die klar für die Vergesellschaftung plädiert – nicht festlegen. Die Frage, ob er hier Positionen möglicher Koalitionspartner noch austarieren will, verneint er.

Steffen Krach studierte von 2002 bis 2005 am OSI und schloss mit einer Diplomarbeit über Grundbildungsförderung in Entwicklungsländern ab. Nach einer Zwischenstation als Referent in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz war er von 2007 bis 2016 vor allem in der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin in verschiedenen Positionen tätig, zuletzt als Staatssekretär für Wissenschaft. In der Legislaturperiode 2016 bis 2021 führte er dieses Amt mit der Erweiterung um den Bereich Forschung fort. Seit Ende 2021 ist der gebürtige Hannoveraner Präsident der Region Hannover. Im August 2025 nominierte der SPD-Landesvorstand Krach zum Spitzenkandidaten für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2026.

Krach sagt Mietwucher den Kampf an

Gegen Mietwucher und Kurzzeitmieten will Krach gesetzlich eingreifen und bestehende Regeln stärker durchsetzen. »Das größte Problem ist, dass Mieter:innen aus Angst nicht klagen«, sagt er. Die Menschen müssten juristisch durch eine Mietaufsicht unterstützt werden. Auch fordert Krach das Verbot von Dauerferienvermietung, die ganze Straßenzüge unbewohnbar mache. Wenn man hier nicht konsequent agiere, gehe das Vertrauen in den Staat verloren.

Auf die Frage nach den knappen Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende räumt Krach ein, dass diese Entwicklung verschlafen wurde, auch teilweise unter seiner Zuständigkeit. Neben einem Ausbau von Wohnheimplätzen für Studierende würde er ein eigenes »Azubiwerk« schaffen, denn Auszubildende hätten eine ähnlich schwere Situation auf dem Wohnungsmarkt wie Studierende.

Wunsch nach Rückkehr des 49-Euro-Tickets, Absage an »Berlin autofrei«

Krach will in seiner Verkehrspolitik vor allem auf Anreize und Angebote setzen. U-Bahnstrecken wie die U7 und U8 sollten ausgebaut und die Außenbezirke mit On-Demand-Bussen ausgestattet werden, letzteres sei günstig und schnell umsetzbar. Das Berliner Radwegenetz sei aktuell bereits »besser als sein Ruf«, müsse jedoch ebenfalls erweitert werden. Attraktiv sei ÖPNV, wenn er für alle bezahlbar sei, so Krach. Das Deutschlandticket sei »eine der größten Errungenschaften der Ampelregierung«, er will sich im Bund dafür einsetzen, dass der Preis wieder auf 49 Euro sinkt und ist bereit, auch den Landesanteil dafür zu sichern.

Klar positioniert sich Krach zum Volksentscheid »Berlin autofrei« – er ist dagegen und will »keinen Kampf gegen das Auto führen«. Die aktuellen Pläne zur Torstraße (siehe S. 16) zeigten dennoch, dass das Auto immer noch zu sehr im Mittelpunkt stehe. »Das ist ein Beispiel dafür, dass die aktuelle Koalition im Verkehrsbereich nicht weit vorangekommen ist. Da müssen wir generell umdenken«, so Krach.



Wie er die vielen, teils gegensätzlichen Interessen in der Berliner Verkehrspolitik vereinen und die Verkehrswende auch gegen Widerstände umsetzen will, dazu bleibt Krach vage. Seine Konfliktlösungsstrategie: Man müsse sein Vorhaben transparent machen, es dann aber auch umsetzen. Er treffe seine Entscheidungen aber auch »nicht am Schreibtisch«, sondern beziehe immer verschiedene Stimmen mit ein.

Berlin als neuer Hafen für US-Wissenschaftselite?

Zu den Kürzungen an den Berliner Unis im vergangenen Jahr wird Krach deutlich: »Das hat einiges an Vertrauen gekostet«. Krach hatte unter Bürgermeister Müller wesentlich an der Verhandlung der Hochschulverträge mitgewirkt, im letzten Jahr ist die Landesregierung dann einseitig aus den Verträgen ausgestiegen.

Als möglicher Regierender Bürgermeister wolle er den Wissenschaftsstandort Berlin wieder stärken. »Mein Wunsch ist es, dass wir durch Kooperationen mit Wissenschaft und Industrie auch Krisensituationen künftig besser überstehen«, so Krach. Eine starke Wissenschaftslandschaft komme auch der Wirtschaft zugute. Zudem könne Berlin zur neuen Anlaufstelle für US-Wissenschaftler:innen werden, die durch Trumps wissenschaftsfeindliche Politik unter Druck geraten seien.

Finanzieren will Krach die Zukunft Berlins über verschiedene Wege. Vor allem das Wirtschaftswachstum möchte er vorantreiben und damit die Steuereinnahmen stärken. Eine digitalisierte Verwaltung würde großes Einsparpotenzial bringen und gleichzeitig effizienter arbeiten. Als konkretes Beispiel für mehr kommunale Einnahmen nennt er die deutliche Erhöhung der Gebühren für das Anwohnerparken. Andere Sparmaßnahmen – oder Bereiche, in denen dies möglich und sinnvoll sei – nennt Krach kaum.

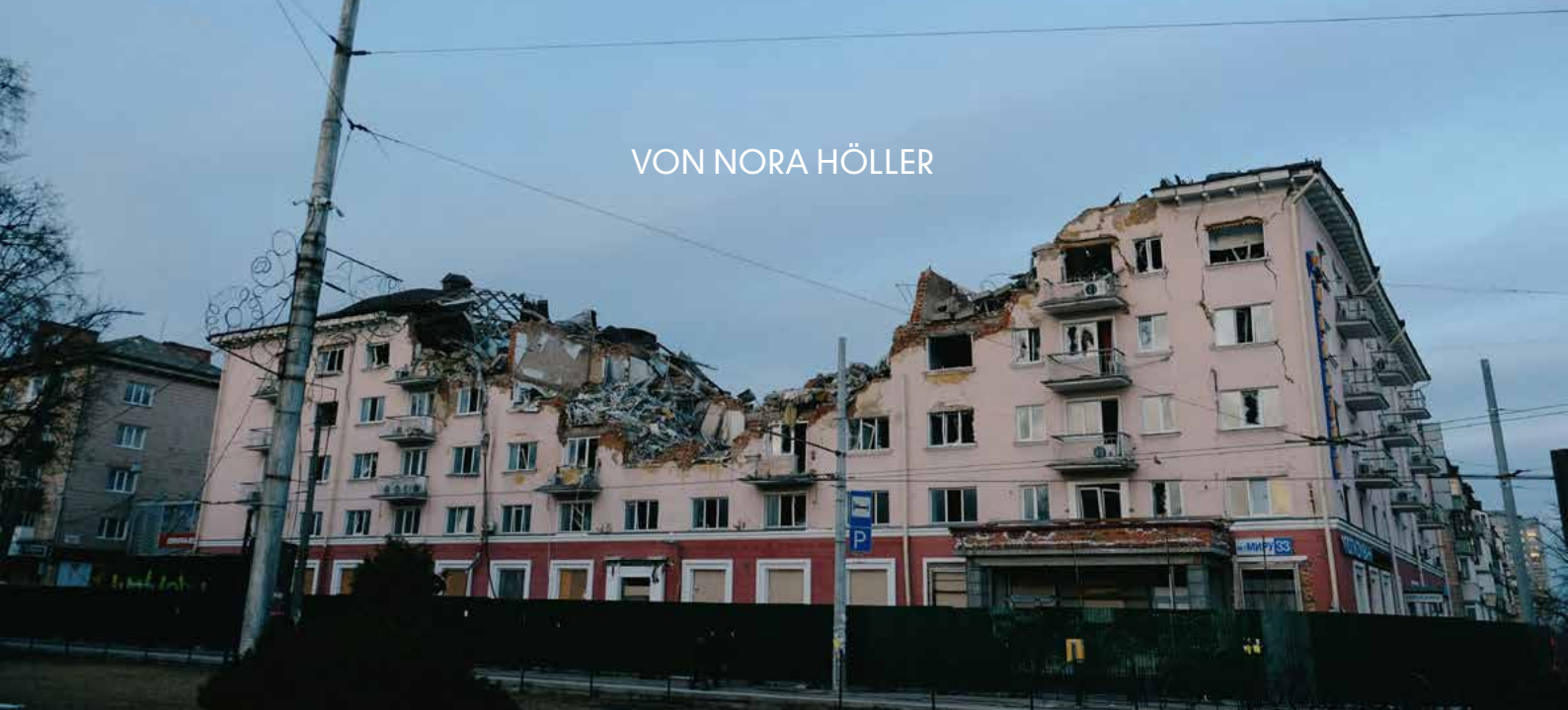
Nur dies: Der »Standortfaktor Wissenschaft« biete enormes Potenzial, das derzeit noch nicht ausgeschöpft sei. Als Beispiel nennt Krach das Berliner Institut für Gesundheitsforschung an der Charité, das globale Spitzenforschung auch in Industrie und Wirtschaft trage. Außerdem setzt Krach auf Großevents wie die Expo 2035, die eine »Riesenchance« und Aufschwung für die Hauptstadt bringen würden.

Zwischen einigen klaren Positionierungen und offenen Umsetzungsfragen zeigt sich eine zentrale Spannung des Abends: Krachs Anspruch, Berlin neu zu gestalten, trifft auf harte finanzielle Realitäten und komplexe politische Herausforderungen – sowohl in seiner eigenen Partei wie auch in der Frage einer künftigen Koalition in Berlin.

Build Back Better

Warum der Ukraine-Wiederaufbau zur Chance für nachhaltige Stadtentwicklung wird

VON NORA HÖLLER



Wenn man das Haus in der Wolodymyrskaya 71 im Zentrum von Kiew betritt, riecht es nach Katzenurin, der Putz bröckelt von den Wänden und aus dem offenen Stromkasten auf dem Weg nach oben ragen lose Kabel und eine tote Fledermaus heraus. Doch hinter der Tür im fünften Stock liegt eine helle, moderne, renovierte Wohnung. Ein Kontrast, der größer kaum sein könnte, aber den Zustand vieler Wohnhäuser in der Ukraine widerspiegelt.

Seit dem russischen Angriffskrieg sind schätzungsweise 13 % des Wohnungsbestands stark beschädigt oder zerstört, wie eine gemeinsame Analyse der Weltbankgruppe, der ukrainischen Regierung, der EU-Kommission und der UN ergab. Doch schon vor dem Krieg waren viele Gebäude in schlechtem Zustand und verzeichneten einen drei- bis viermal höheren Energieverbrauch als ihre westeuropäischen Nachbarn. Denn Gebäude-Sanierungen standen weder in der Sowjetunion noch nach ihrem Zerfall auf der Tagesordnung. Das bringt nicht nur schlechte

Lebensbedingungen für die Bewohnenden mit sich, sondern auch hohe Emissionen und somit eine klimapolitische Herausforderung.

Resilienter bauen, sozialer wohnen

Auch wenn es widersinnig klingt: Jetzt im Krieg, wo täglich Tod, Zerstörung und Vertreibung die Ukraine prägen, keimen erste Bemühungen, es in Zukunft besser zu machen. »Build Ukraine Back Better« lautet das Motto! Besser heißt dabei, man setze auf eine resilientere, klimafreundliche Bauweise und auf eine soziale Wohnungswirtschaft, erklärt Klaus Leuchtmann. Er ist Vorstandsvorsitzender der »Initiative Wohnungswirtschaft Osteuropa« (IWO), die sich seit bald 25 Jahren der Projekt- und Vernetzungsarbeit zum Thema energieeffizientes Sanieren und Bauen in Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien widmet. Das Ziel des Vereins ist unter anderem, Wissenstransfers durchzuführen, vor Ort zu beraten und Kontakte zu deutschen Partnern herzustellen, so OSI-Alumnus Leuchtmann.

Städtische Wohnungsbauunternehmen aufbauen

Die IWO engagiert sich auch beim Wiederaufbau in der Ukraine und unterstützt sie bei der Gründung kommunaler Wohnungsunternehmen. Der Großteil der ukrainischen Wohnungen wurde nach dem Zerfall der Sowjetunion an ihre Bewohner:innen im Grunde »verschenkt«. Das hat nicht nur zu großen Mängeln in der Instandhaltung geführt, sondern auch einen unregulierten Mietmarkt mit horrenden Preisen geschaffen. Weil die meisten Wohnungen in privatem Besitz sind, gibt es keine übergeordneten Entscheidungsträger:innen, die Sanierungen umsetzen oder Mieten regulieren. Dieser Entwicklung könne durch die städtischen Wohnungsbauunternehmen entgegengewirkt werden, erklärt Leuchtmann.

Das würde auch den mehr als vier Millionen Binnenflüchtlingen zugutekommen, von denen viele auf der Suche nach Wohnungen sind. Denn laut Zahlen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind diese besonders überlastet: Mehr als ein Drittel muss über 70 % des Monatseinkommens für die Miete aufbringen – weit mehr als die empfohlenen 30 %. Mietpreise regulieren, Sanierungsvorhaben umsetzen und somit nachhaltig sozialen, bezahlbaren Wohnraum sichern, sind nicht die einzigen Vorteile, die Leuchtmann in kommunalen Wohnungsbaustrategien erkennt.

Klimaschutz und Energieeffizienz mitdenken

Das Projekt »Strengthening Urban Resilience« ist eines der Beispiele, bei denen die IWO im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) aktuell Bedarfsanalysen für vier ukrainische Städte erstellt, um anschließend dort städtische Wohnungsstrategien zu erarbeiten und kommunale Wohnungsunternehmen zu gründen. Ein weiterer Vorteil wäre, dass diese dann in der Lage sind, internationale Fördermittel entgegenzunehmen und einzusetzen – denn privaten Wohneigentümern geben Institutionen in der Regel kein Geld, so Leuchtmann.

Eine weitere Aufgabe ist, noch intakte Gebäude energieeffizient zu sanieren. Allein gedämmte Wände, sowie dichte Fenster können enorme Energieeinsparungen bringen. Auch darin hat die IWO bereits Erfahrung: Beispielsweise wurden nach ihrer Beratung in den 2010er Jahren in Lettland Modellprojekte durchgeführt, bei denen Wohngebäude umfangreich saniert wurden. Das Resultat waren hohe Energiesparerfolge. Es fehlt allerdings weiterhin die flächendeckende Umsetzung solcher Vorhaben. Das anfangs beschriebene Haus ist ein Beispiel dafür, dass schon vor dem Krieg ein dringender Modernisierungsbedarf bei schätzungsweise einem Drittel der Mehrfamilienhäuser in der Ukraine bestand, erklärt Leuchtmann. Jetzt kommt noch die massive Zerstörung durch den laufenden Krieg dazu. Das kostet alles viel Geld.



© Anzhela Bets / unsplash

Trotz beginnender Wiederaufbaubemühungen zeigen zerstörte Häuser deutlich die Brutalität des russischen Angriffs.

Konzertierte Unterstützung

Neben Nichtregierungsorganisationen wie der IWO, beteiligt sich bereits auch die EU in großem Umfang am nachhaltigen Wiederaufbau des Landes. Auch Deutschland solidarisiert sich mit dem vom Krieg betroffenen Land. Die Bundesregierung leistet finanzielle Unterstützung in Milliardenhöhe und hat u.a. die »Plattform Wiederaufbau Ukraine« ins Leben gerufen. Hier vernetzen sich verschiedenste Akteure unter anderem auch zum nachhaltigen Aufbau des Wohn- und Gebäudesektors in der Ukraine. Die GIZ finanziert mit Geldern der Bundesregierung und der EU derzeit 45 Projekte in der Ukraine, wobei der Klimaschutz im Rahmen des Wiederaufbaus im Fokus steht.

Trotz der finanziellen Herausforderung haben sich Deutschland und Europa zu einer solidarischen Beteiligung am Wiederaufbau der Ukraine verpflichtet. Allen ist klar, dass sie dabei auch eine klimapolitische Verantwortung tragen. Denn: Der Klimawandel macht keinen Halt vor nationalstaatlichen Grenzen und pausiert auch nicht während Kriegen. Die globalen Krisen wie der Klimawandel können nur international und mit gemeinsamer Anstrengung gelöst werden. Für den Fall der Ukraine heißt das: der Wiederaufbau geht nicht nur das Land selbst an, sondern – etwa mit Blick auf Klimaschutz und Sicherheitspolitik – die gesamte Staatengemeinschaft.



© EBZ

Klaus Leuchtmann hat in den 80er Jahren am OSI studiert. Seit 18 Jahren ist er Chairman of the Board beim Europäischen Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (EBZ). Seine wesentliche Aufgabe sieht er dort in der Verknüpfung von politischer Bildung mit der Wohnungswirtschaft. Ehrenamtlich arbeitet er im Vorstand des gemeinnützigen Vereins »Initiative Wohnungswirtschaft Osteuropa«, der sich seit bald 25 Jahren der Projekt- und Vernetzungsarbeit zum Thema energieeffizientes Sanieren und Bauen in Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien widmet.



LUST AUF STREIT?

Autorinnen & Autoren gesucht!

Ihr habt eine eigene Meinung und Lust auf Diskussionen? Ihr seid interessiert an politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Themen? Ihr recherchiert und schreibt gern? Ihr wollt an Pro- und Contra-Debatten teilnehmen und Teil unserer Community werden?

Dann seid Ihr bei uns genau richtig!

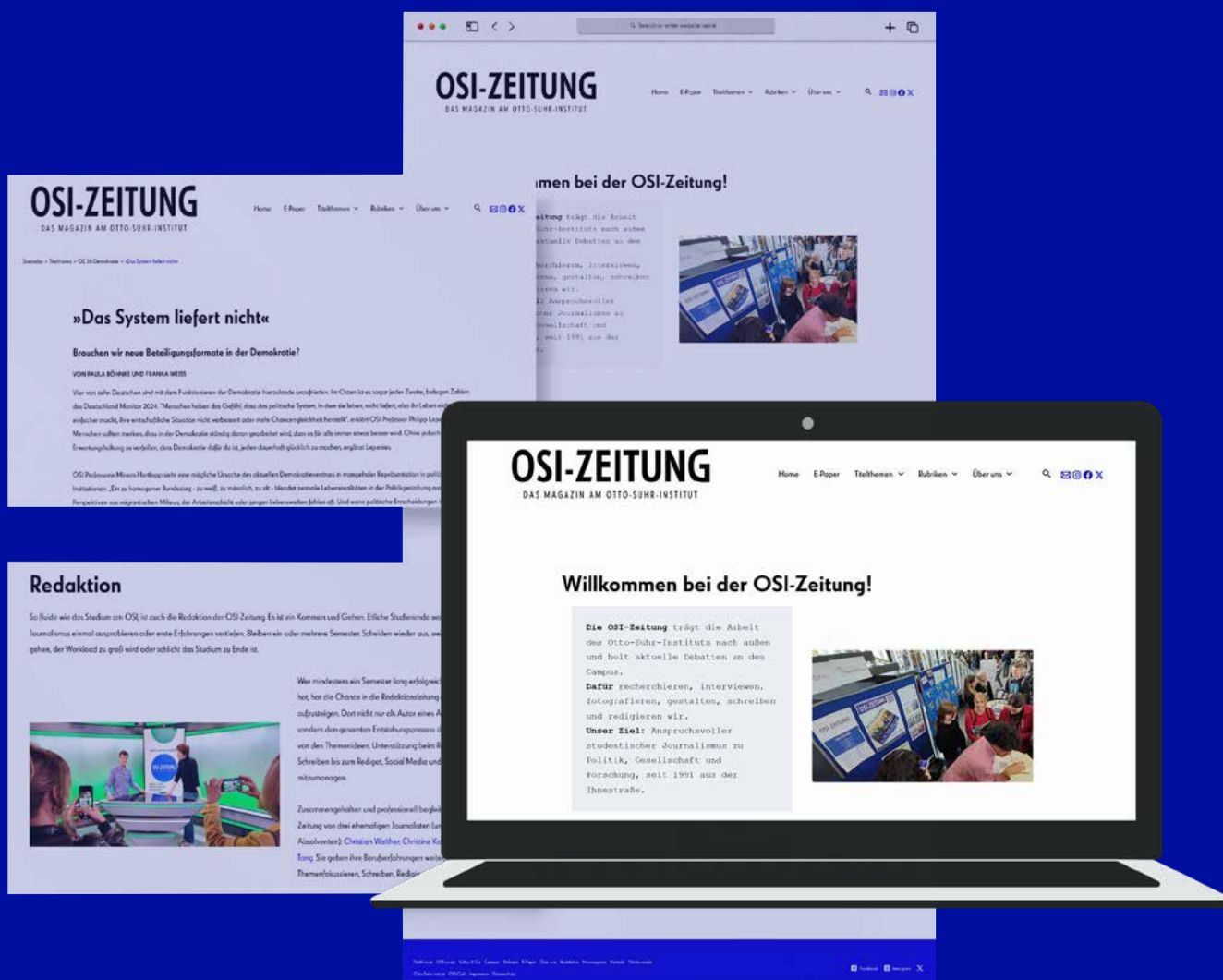
Schreibt uns einfach über schreibwas@sagwas.net und stellt Euch vor! Wir suchen junge Autorinnen und Autoren, die mit uns drei Dinge teilen: gegenseitigen Respekt, das Bemühen um sachliche Argumentation und ein ehrliches Interesse an einer offenen Streitkultur.

Was bieten wir Euch?

- spannende Themen
- eine Betreuung durch unsere Redaktion und Lektorat
- Veröffentlichungen mit kleinem Autor_innen-Porträt auf sagwas.net
- Postings Eurer Beiträge auf Facebook und X
- ein angemessenes Honorar für jeden Beitrag
- ermäßigte Teilnahmegebühren bei Workshops und Web-Seminaren von [sagwas](http://sagwas.net)

Mit [sagwas](http://sagwas.net) wollen wir faire Debatten ermöglichen, wo heute am ehesten Meinungsbildung stattfindet: im Internet. Wir brauchen Information, Partizipation und Diskussion – erst recht im digitalen Raum. Und dazu brauchen wir Euch!

Die OSI-ZEITUNG hat jetzt eine eigene Website.
Neue und alte Ausgaben, Infos über unsere Arbeit und
Einblicke ins Team, Videos und Fotos – alles an einem Ort.



REINSCHAUEN,
DURCHKLICKEN,
HÄNGENBLEIBEN.
AUF OSI-ZEITUNG.DE.



Prof. Dr. Susanne Baer, geboren 1964 in Saarbrücken, studierte ab '83 an der FU Jura und Politik. Auf Vorschlag der Grünen war sie von 2011 bis '23 Richterin am Bundesverfassungsgericht und schrieb dazu das Buch »Rote Linien«. Inzwischen lehrt sie wieder an der HU sowie in London und Ann Arbor.

Von Dahlem nach Karlsruhe

Susanne Baer war Verfassungsrichterin – und OSI-Studentin

VON FINN POHST

Das Büro an der Humboldt-Universität liegt im dritten Stock. Die Sekretärin bittet mich herein. Durch das Fenster blickt man auf Unter den Linden. An den Wänden Bücherregale: Juristisches dicht an dicht. Dann kommt Susanne Baer.

Sie sagt, dass sie den Termin für das Gespräch per Mail abgesagt hat. In mir erstarrt alles. Wie unangenehm! »Jetzt sind Sie hier, mal gucken, wie weit wir kommen.«, sagt Baer, und so beginnt das Gespräch.

Am Anfang ihres Studiums war sie unsicher, in welche Richtung es beruflich gehen sollte. Das Jurastudium empfand sie als interessant, aber oft eindimensional und recht konservativ. Baer vermisste Antworten auf die großen Fragen nach den politischen Verhältnissen. Doch sie wurde fündig: »Das Otto-Suhr-Institut zeichnete sich durch das interessanteste interdisziplinäre Angebot aus. Dort durfte man sich mit ökonomischen Fragen, internationaler Politik, politischer Theorie und den Anfängen der Frauenstudien beschäftigen.« Mit Jura ergab das für Baer den idealen Mix.

Vieles am OSI ist ihr gut in Erinnerung: Marxistische Theorie mit dem linken Johannes Agnoli oder internationale Politik mit der konservativeren Helga Haftendorn: »Gerade dieses Gleichzeitige der mehreren Perspektiven fand ich gut.« Das OSI war seiner Zeit voraus – mit Frauenstudien und globalen Fragen: »Das war eher die Avantgarde. Das kriegte man woanders nicht.«

Nach dem Studium schlug Baer eine rechtswissenschaftliche Karriere ein – mit Promotion, Habilitation und ersten Stellen als Professorin.

Die Zeit am OSI war dabei hilfreich: Einblicke in Statistik oder Neo-Institutionalismus brachten ihr ein tieferes Verständnis von Organisationen und Governance, und das ermöglichte es ihr »staatsrechtliche oder europarechtliche oder völkerrechtliche Probleme mit einer Tiefenschärfe zu sehen, die ich sonst vielleicht nicht gehabt hätte«.

Das half auch später, nach der Krönung ihrer Karriere durch Wahl ins Bundesverfassungsgericht: »Im Verfassungsgericht war dieses Wissen besonders wichtig, weil es oft darum geht, die empirische Wirklichkeit zu verstehen. Da ist es schon sehr wertvoll, wenn man sich mal mit Sozialwissenschaften beschäftigt hat.« In seinem Klima-Urteil setzte sich das Gericht 2021 mit der Frage auseinander, ob der Gesetzgeber die Freiheit der jungen – und der künftigen – Generationen ausreichend schützt. Baer wirkte am Urteil mit und betont die hohen Hürden für die Feststellung einer Verfassungsverletzung: Die aus dem Grundgesetz resultierende Schutzpflicht des Gesetzgebers wäre nur bei Untätigkeit, untauglichen Mitteln oder offensichtlich unzureichendem Schutz von Leben und Gesundheit verletzt.

Dies sei stets im Wandel. Ob die aktuellen Bemühungen der Politik gegen den Klimawandel »heute noch genügen würden, müsste man erneut prüfen.« Die politische Rolle von Karlsruhe steht für Baer außer Frage: »Das Gericht wurde erfunden, um sich in die Politik einzumischen. Aber die Art und Weise, wie es sich einmischt, ist juristisch. Es kann sich nicht aussuchen, was auf die Agenda kommt.« Es gilt der Grundsatz: »Wo kein Kläger, da kein Richter«.



X :

@osi-zeitung



Zwischenstopp am OSI

Dorothee Elmiger hat den Deutschen Buchpreis bekommen

VON EMMA DÖRMANN

Weich und bedacht liest Dorothee Elmiger einige Passagen aus ihrem jüngsten Roman »Die Holländerinnen«. Der Saal im Literarischen Colloquium mit Blick auf den dunklen Wannsee ist voll und die Menschen hören gespannt zu. Immer wieder kommen Fragen zum Hintergrund bestimmter Geschichten oder Bedeutungen, die diese für das Buch haben. Diese werden zwar beantwortet, aber Elmiger achtet darauf, einen Phantasieraum für die Leser:innen zu lassen.

Später am Abend bitte ich um ein Autogramm – und ein paar Antworten auf meine Fragen:

Du hast in einem Interview gesagt, dass Du in deinen Texten etwas herausfinden willst, was Du bisher noch nicht weißt: Was weißt Du nun nach »Die Holländerinnen«? Was verrät uns der Dschungel – vielleicht auch über die Welt, in der wir gerade leben?

Das Wissen, das aus der Literatur oder aus dem Schreiben kommt, lässt sich ja oft schwer in ein paar griffigen Sätzen zusammenfassen. Beim Schreiben habe ich viel nachgedacht über Herrschaftsverhältnisse, über Unterwerfung und Kontrolle, über die Furcht und das sogenannte Böse. Aber im Grunde scheue ich mich, zu viel dazu zu sagen: Der Text braucht die Leser:innen, die ihn vervollständigen, indem sie ihn lesen und deuten.

Denkst Du manchmal an die Zeit am OSI zurück? Gibt es dort Orte oder Erinnerungen, die noch besonders präsent sind?

Die Zeit am OSI war für mich wichtig. Ich erinnere mich nicht so sehr an spezifische Orte, sondern an die Seminare. Ich war auf Umwegen nach Berlin und ans OSI gekommen. Ganz zu Beginn hatte ich mich in Zürich für ein Studium der Politikwissenschaft und der Philosophie eingeschrieben, aber ich war irgendwie enttäuscht: Ich hatte mir leidenschaftlich diskutierende Studierende in vollen Räumen vorgestellt, hatte selbst großen Hunger nach Wissen und Erfahrung.

Es fehlte mir in den Zürcher Seminaren vielleicht eine gewisse Dringlichkeit. Die habe ich dann aber am OSI erlebt. Ganz besonders sind mir die damaligen Proteste gegen die Bildungsreformen in Erinnerung geblieben: Die Uni war besetzt, wir lasen Marx im Lesekreis und tranken Glühwein aus dem Wasserkocher.

Du hast dein Studium damals nicht am OSI beendet. Was hattest Du dir vom OSI versprochen? Ist das OSI an Deinen Ansprüchen gescheitert, hast Du das vielleicht auch als eigenes Versagen wahrgenommen, oder war es einfach ein anderer Weg, der für Dich bestimmt war?

Ich war sehr beeindruckt von der Eloquenz, der Belesenheit, der Streitlust meiner Kommiliton:innen am OSI – zu beeindruckt vielleicht. Selbst war ich eher eine stille, zögerliche Studentin, war nervös, überlegte mir immer alles zweimal und hatte deshalb oft das Gefühl, den Erwartungen im Seminar nicht zu genügen. Dazu kam, dass mich vor allem die politische Philosophie und historische Fragen interessierten, mein Fokus verschob sich, am Ende schloss ich mein Studium in Geschichte ab. Mitten in meiner OSI-Zeit publizierte ich zudem mein erstes Buch. Ich war oft unterwegs auf Lesereise und es war nicht leicht, das mit dem Studium zu vereinbaren.

Es gibt Leute, die von dem Deutschen Buchpreis träumen. Was würdest Du diesen Menschen für einen Tipp geben? Ist es das Studium, die Schreibroutine oder doch einfach Talent?

Bei der Arbeit am Text helfen mir Neugier, Beharrlichkeit und Aufmerksamkeit. Die Bücher, die ich lese. Gespräche mit anderen. Sturheit. Die Zeit, die ich mir fürs Schreiben nehmen kann – das ist nicht selbstverständlich. Und immer braucht es auch Glück.



© Georg Gatsas

Dorothee Elmiger, geboren 1985 in Wetzikon, lebt als Autorin zwischen Zürich und New York. Neben dem Studium der Philosophie, Politik, Geschichte und Literatur in der Schweiz studierte sie ab 2009 am Otto-Suhr-Institut Politik. 2021 kehrte sie als Gastprofessorin an die FU zurück. Für Ihren vierten Roman »Die Holländerinnen« erhielt sie 2025 den Deutschen Buchpreis.

MAX CZOLLEK



Die Sprache der Enttäuschung

Max Czollek schreibt seit dem Studium Lyrik

VON MARIE ZWICKER

Wie wird man Lyriker? Wenn man schreiben will, sollte man nicht Literatur studieren, hatte man ihm früh gesagt. Und um nicht Politik machen zu müssen, studiert man Politikwissenschaft. Heute tourt Max Czollek mit seinen Texten durch die Republik, liest auf Bühnen, seine Essays sind Bestseller.

Zwischen seinen beiden Versuchungen Kunst und Politik wurde Czollek sozialisiert: Sein Vater war Dichter, Sänger und Politiker. Das Judentum, mit dem er aufwuchs, verstand sich »vor allem als Kampf für eine bessere Welt«. Er besuchte die Jüdische Oberschule, wagte sich dann für das Studium am OSI ins »langweilige« West-Berlin. Einen Plan habe der heute 38-Jährige nie gehabt. Für die OSI-Zeitung schrieb er damals über die Bachelor-Reform oder über Proteste gegen die Abschaffung der Professur für Ideengeschichte. In der Mitte des Studiums begann er, Lyrik zu schreiben. Linke französische Theorie und Frankfurter Schule – die systematische politikwissenschaftliche Ausbildung beschreibt Czollek als fundamental für seine Orientierung in der Welt und für die Planung seiner Interventionen. 2016 initiierte er etwa den »Desintegrationskongress« am Maxim Gorki Theater, bei dem zeitgenössische jüdische Stimmen zusammenkamen, gemeinsam Theater machten und in Diskurs traten. Das viel diskutierte Essay »Desintegriert euch!« ist eine direkte künstlerische Umsetzung jener Analysen, die während seiner Promotion am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin entstanden.

Czolleks zuletzt veröffentlichter Gedichtband fragt, was nach den Erzählungen der »guten Enden« in der deutschen Erinnerungspolitik geschieht – es ist die Bewältigung einer Gegenwart, in der das Versprechen der überwundenen deutschen Gewaltgeschichte nicht eingelöst wird. Schmerz

und Hoffnungsverlust sprechen aus den Texten. Lyrik ist für ihn die Möglichkeit, Gedanken der Toten aufzugreifen, »mit den Toten ein Gespräch zu führen, mit denen, die hier sein sollten«. Czollek selbst verlor früh seinen Vater. Auf politischer Ebene könne in der Literatur »eine Gerechtigkeit realisiert werden, die auf weltlicher Ebene nicht mehr realisiert werden wird«.

Verschiedene Ausstellungen, die er kuratiert oder begleitet hat, setzen sich mit dem Ringen nach Gerechtigkeit auseinander. Für das Haus der Kulturen der Welt leitet er Gesprächsreihen zum Thema Heimat und stellt sich im gleichnamigen Podcast die Frage: »Wem gehört Deutschland?« Er selbst, sagt er, könne sich ein Deutschland, »in dem nicht ACAB an der Hauswand steht«, nicht vorstellen. Auch deshalb kehrt er nach Lesereisen oder Lehraufträgen immer wieder in seine Heimatstadt Berlin zurück.

Dennoch sagt er: »Man kann auch nicht ewig traurig sein.« Dass das Erstarken der Rechten so lange gedauert hat, gebe ihm fast schon wieder Hoffnung. Es geht darum, Antworten auf die Frage zu finden, wie man weitermacht. Er rät, »sich selbst eine Aufgabe zu finden, und dann Leute, die diese Leidenschaft teilen«. Gemeinsam mit der Journalistin Hadija Haruna-Oelker veröffentlichte er letztes Jahr das Essay »Alles auf Anfang«. In dialogischer Form reflektieren sie die deutsche Gesellschaft und fordern das Schaffen einer gemeinsamen, pluralen Erinnerungskultur.

*falls ihr mal eine kapsel
für die goldenen zwanziger dieses jahrtausends füllt
vergesst nicht die erinnerung daran
wie traurig wir gewesen sind*

Auszug aus: »vancouver in einem bild«, aus dem Gedichtband »gute Enden« (2024, Verlagshaus Berlin)

Moderatorin Leonie Schwarzer im Studio der Abendschau

»Wie eine Wundertüte«

Abendschau-Moderatorin Leonie Schwarzer erinnert sich ans Studium

VON JUDITH WICKE

»Vielfalt, Freundschaften, Eintauchen in spannende Themen« – so beschreibt Leonie Schwarzer ihre Zeit am OSI. Dass sie Politik-Journalistin werden möchte, stand für sie schon in der 9. Klasse fest: »Alles, was uns umgibt, hat zumindest im entfernten Sinne etwas mit Politik zu tun und das zu durchdringen und verständlich zu machen, fand ich schon immer spannend«. Als sie 2016 aus Dortmund für ihren Master ans OSI kam, hatte sie einen Bachelor in Journalistik und Politikwissenschaften in der Tasche und bereits viel journalistische Erfahrung gesammelt.

Von Beginn an hat Leonie Schwarzer in verschiedenen Redaktionen gearbeitet und Praktika gemacht: zum Beispiel bei einer Lokalzeitung in Dortmund, beim ZDF oder der dpa. Während ihrer Zeit am OSI arbeitete sie schon parallel als Reporterin und Redakteurin beim rbb. Das Studium war für sie ein wichtiger Ausgleich zur Arbeit im tagesaktuellen Journalismus, der selten Zeit für intensive Recherche bot. Da war es ein »toller Luxus«, am OSI in Büchern wühlen zu können und in Ruhe eine Hausarbeit zu schreiben.

Eine der Kernkompetenzen von Journalist:innen soll es ja sein, komplexe Zusammenhänge zu verstehen und verständlich zu vermitteln. Dabei hilft der 34-Jährigen das Studium am OSI bis heute. Dort habe sie gelernt, gründlich zu recherchieren und Methoden und Studien kritisch zu hinterfragen. Durch das breite Seminarangebot (»das war wie eine Wundertüte«) kam sie bereits im Studium mit vielen Themen, die ihr im Beruf begegnen, in Berührung. Die Auswahl war so vielfältig, dass es ihr jedes Semester schwer gefallen sei, sich zu entscheiden.

Beruflich hat sie sich dafür entschieden, die Berliner Landespolitik journalistisch zu begleiten. Seit 2017 war sie in verschiedenen Redaktionen des rbb tätig, so bei der Jugendwelle Fritz oder beim Inforadio. Vor drei Jahren begann sie als landespolitische Korrespondentin für die Abendschau zu berichten. Ob bei Live-Schalten aus dem Abgeordnetenhaus oder auf Parteitag – als Reporterin war sie viel unterwegs.



Als Reporterin unterwegs – Schwarzer bei Live-Schalte



Live im Studio - Moderatorin auch für Wind und Wetter...

Vor einem Jahr hat sie erfolgreich an einem Moderations-Casting teilgenommen und ist ins Studio gewechselt: Seither präsentiert sie die rbb24 Abendschau, die täglich über 300.000 Zuschauer:innen erreicht. Gleich geblieben ist, dass sie viele Gespräche führt – nicht nur mit Studiogästen. Seit sie eines der Gesichter der Abendschau ist, wird sie auch im Alltag vermehrt angesprochen: im Supermarkt, in der U-Bahn oder im Fitnessstudio: »Das ist und bleibt ungewohnt, aber es sind auch viele nette Begegnungen und tolle Gespräche, die sich daraus ergeben.« Daran merkt sie immer wieder, wie nah man durch regionale Berichterstattung an den Leuten ist – und das ist es, was sie an ihrem Job so schätzt.

SONJA SCHIFFERS



Im Angesicht der Autokraten

Sonja Schiffers arbeitet für Böll in Georgien

VON LARA WAGNER

»Ich kam im Januar 2014 aus einem dunklen St. Petersburg in ein helles, sonniges Tbilissi«, beschreibt Sonja Schiffers ihr damaliges Praktikum in Georgien und meint damit nicht nur das gute Wetter im Südkaukasus. Auch die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft haben die heutige Leiterin des dortigen Regionalbüros der Heinrich-Böll-Stiftung nach ihrem »politisch sehr deprimierenden« Auslandssemester tief beeindruckt.

Doch erst mal Berlin: Auf den OSI-Master Internationale Beziehungen folgt eine Promotion zur russischen und türkischen Einflussnahme in Georgien und Bosnien. Das Buch dazu (demnächst bei Bloomsbury) sei »the worst of both worlds, wissenschaftlich, aber dennoch politisch«, sagt Schiffers mit Augenzwinkern. Ein Urteil, das auch auf ihre Karriere passt. Forschungs- und Lehraufenthalte in Georgien, Bosnien und Moskau reihen sich an Einsätze als Wahlbeobachterin sowie Tätigkeiten bei der Stiftung Wissenschaft und Politik und im Bundestag – immer mit Fokus auf Osteuropa, Demokratie und Außenpolitik.

Nach der Promotion kehrt Schiffers 2021 als Leiterin ins Böll-Büro zurück – ins Land jener autokratischen Tendenzen, die sie zuvor noch analysiert hat. Denn die vormals proeuropäische Politik in Georgien begann 2021 schon zu kippen. Ein homophobes »Familienwerte«-Gesetz, mutmaßliche Wahlfälschung und Journalist:innen und Oppositionelle hinter Gittern folgten. Seit 2024 müssen sich zivilgesellschaftliche Organisationen, die Geld aus dem Ausland bekommen, als ausländische Agenten registrieren, und seit 2025 solche Zuwendungen von der Regierung genehmigen lassen. Die Arbeit kritischer Organisationen soll damit offensichtlich zum Erliegen gebracht werden.

Obwohl die Böll-Stiftung noch toleriert wird, ist die Arbeit des Büros durch die Einschränkungen der georgischen Partner betroffen. Weiter geht es trotzdem – mit Bildungsarbeit wie einem feministischen Buch über Care-Arbeit, Resilienztrainings für die Zivilgesellschaft, aber auch der Unterstützung politischer Gefangener in Aserbaidschan.

Der autoritäre Umschwung trifft auch das Private. Schiffers muss damit rechnen, abgehört zu werden. Demonstrationen besucht sie grundsätzlich nicht, um den Staatsorganen keine Vorwände für Repressionen zu liefern. Es sei »kein unbeschwertes Leben. Klar, man geht weiterhin in Restaurants, die sind auch voll, aber man diskutiert die politische Lage. Viele sind frustriert und sehen keinen Ausweg.«

Trotz vieler Einschränkungen brennt Schiffers für ihre Arbeit. Auf die Frage nach ihren Hobbys scherzt sie »Dienstreisen am Wochenende«. Sich auch in der Freizeit mit Politik zu beschäftigen, sei nicht primär Belastung, sondern »Teil der intrinsischen Motivation«.

Und weil man »Hoffnung nicht hat, sondern schafft«, möchte Sonja Schiffers noch eine Zeit in Georgien weiterarbeiten und dabei den Glauben an eine bessere Zukunft für das Land nicht verlieren. Und an eine Rückkehr jenes Lichts, das es 2014 durchflutete.



Flüssig durchs Studium.

**Ob Studienbeginn,
Auslandssemester oder
Nebenjob – wir bieten
Ihnen von Konto über
Karte bis Studienkredit
alles aus einer Hand.**

berliner-sparkasse.de/studi





Pro und Contra AfD-Verbot

Wie wehrhaft ist unsere Demokratie?

VON TIMON KRETSCHMAR

Zu den Vorschlägen, wie die Politik auf die stärker werdende AfD reagieren soll, gehört auch ein mögliches Verbot der AfD. Ein Parteiverbot gehört zu den schärfsten Mitteln, die unsere wehrhafte Demokratie bereithält. Dass immer wieder über ein AfD-Verbot diskutiert wird, ist nicht nur Teil einer juristischen Debatte. Sondern vor allem einer politischen. Sie ist Ausdruck einer wachsenden Unsicherheit: Wie stabil ist die deutsche Demokratie? Wie weit darf sie gehen, um sich selbst zu schützen?

Wie unterschiedlich ein potenzielles AfD-Verbot gesehen wird, zeigt sich im Austausch mit zwei ehemaligen Studierenden des Otto-Suhr-Instituts, die heute politische Verantwortung tragen.

Felix Banaszak, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied des deutschen Bundestags, spricht sich für ein Verbotungsverfahren aus: "Die AfD hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter radikalisiert und stellt eine reale Bedrohung für unsere freiheitliche Gesellschaft dar." Die Partei würdige ganze Bevölkerungsgruppen herab und stehe Wladimir Putin näher als unserem Grundgesetz. Letztendlich liegt die Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit der AfD beim Bundesverfassungsgericht, doch Banaszak betont, dass zunächst die Aufgabe bei den Innenministern von Bund und Ländern liege, eine strukturierte Materialsammlung anzufertigen, welche für ein Verbotungsverfahren ausschlaggebend sein werde.



Felix Banaszak studierte ab 2010 Sozial- und Kulturanthropologie sowie Politikwissenschaft an der FU Berlin. Er begann seine politische Laufbahn bei der Grünen Jugend. Seit 2021 ist er Mitglied des Bundestages und inzwischen auch Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Inge Gräßle, CDU-Bundestagsabgeordnete, unterstützte den jüngsten Verbotsantrag im Bundestag hingegen nicht. Diese Ablehnung begründet sie gegenüber der OSI-Zeitung mit rechtlichen Bedenken. Gräßle sieht die hohen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts für das Verbot einer politischen Partei »zumindest derzeit – mit großer Wahrscheinlichkeit – nicht erfüllt«.

Einig sind sich Banaszak und Gräßle, dass mit einem Verbot der AfD das Gedankengut, der Frust und die Unzufriedenheit nicht verschwinden würden. Die inhaltliche Auseinandersetzung dürfe nicht vernachlässigt werden. »Die beste Methode gegen die AfD ist es, die Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und sich ihrer Sorgen und Nöte effizient anzunehmen. Das ist der für mich der einzig erfolgreiche Weg, die AfD zu bekämpfen.« sagt Gräßle. Die größte Herausforderung sieht sie in der Rolle der sozialen Medien und darin, in die »Blase« der AfD-Anhänger mit Fakten und Argumenten einzudringen.

Auch Banaszak erklärt, dass die AfD unabhängig von einem Verbotsverfahren politisch bekämpft werden müsse. Sein Ziel ist es, »wieder mehr Menschen für eine differenzierte Debatte und unsere Demokratie zurückzugewinnen«. Dennoch sagt er, dass unser demokratisches System ein Parteiverbot aushalten würde, wie es das in der Vergangenheit auch bereits getan habe. Am Ende seien Tatsachen ausschlaggebend und nicht politisches Kalkül. Angst vor einer »Opfererzählung« der AfD hat Banaszak nicht: »Die AfD wird jede Debatte und auch ein Verbotsverfahren für sich nutzen.«. Er betont, dass wir der Angst, die AfD könne von einem Verbotsverfahren profitieren, nicht nachgeben dürfen: »Diese Verunsicherung wollen die rechten Ideologen erreichen.«

Ob ein AfD-Verbot durchgesetzt werden könnte und was die politischen und gesellschaftlichen Folgen wären, kann niemand voraussagen. Aber können wir mit dem Verbotsverfahren noch warten? Parallel zu dieser Debatte klettert die AfD in den Umfragen. Es ist fünf vor zwölf.



Dr. Inge Gräßle promovierte am OSI und ist nach Mandaten im Landtag von Baden-Württemberg und im Europaparlament seit 2021 Mitglied des Bundestags. Aktuell ist sie ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung.



Die Olympische Flagge mit ihren fünf Ringen, entworfen von Pierre de Coubertin, weht im Wind

Spiele trotz Krieg?

Der olympische Gedanke bereitet Kopfschmerzen

VON LARA HAMPRECHT

Am 24. Februar 2022 startete Russland den Krieg gegen die Ukraine, nur vier Tage nach dem Ende der Olympischen Winterspiele in China. Jetzt beginnen die nächsten Olympischen Winterspiele vor der Tür – und noch immer herrscht Krieg. In der Ukraine wurden mehr als 700 Sportstätten zerstört, viele Athlet:innen müssen ihr Training im Ausland fortsetzen und fast 600 von ihnen sind bereits gestorben. Angesichts des russischen Angriffskrieges steht zur Debatte, ob russische Athlet:innen an den Olympischen Spielen teilnehmen sollten.

Pierre de Coubertin, der Begründer der Olympischen Spiele der Neuzeit, hoffte, dass Olympische Spiele Kriege durch sportliches Kräftemessen ersetzen könnten. Diese Hoffnung erfüllt sich jedoch nur bedingt, sagt Prof. Dr. Danyel Reiche, Politikwissenschaftler und Absolvent des OSI, der zu Sport und Politik forscht. Zu den positiven Beispielen zählt er die »Ping-Pong-Diplomatie« zwischen den USA und China, die 1971 über Tischtennis Wettkämpfe den Weg für diplomatische Annäherung öffnete. Zugleich gibt es prominente Gegenbeispiele, etwa den sogenannten »Fußballkrieg« zwischen El Salvador und Honduras, der nach massiven politischen Spannungen im Zuge der WM-Qualifikation 1969 ausbrach. Entscheidend für den diplomatischen Erfolg im Sport seien der politische Kontext und die Bereitschaft beider Seiten zur Annäherung. Sport allein könne keinen Frieden stiften.

Boykotte seien ein Instrument vergangener Zeiten, so Reiche. Ein oft genanntes Beispiel dafür ist der Boykott Südafrikas unter dem Apartheidregime, dem in der Forschung ein Beitrag zum Ende der Apartheid zugeschrieben wird. Andere Boykotte blieben dagegen weitgehend folgenlos – etwa der Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980 nach dem Einmarsch der Sowjetunion

© Georgetown University Qatar



Dr. Danyel Reiche wurde 2005 am Otto-Suhr-Institut habilitiert und forscht seitdem zu Sport- und Energiepolitik. Nach Stationen im Libanon und in Qatar arbeitet er heute an der United Arab Emirates-University in den Vereinigten Emiraten. Er hat zahlreiche wissenschaftliche Publikationen zu Mega-Sportereignissen wie Olympischen Spielen und Fußball-Weltmeisterschaften sowie Meinungsbeiträge in der Washington Post, Spiegel Online und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht.

in Afghanistan, durch den viele westliche Athlet:innen ihre Olympiateilnahme verpassten.

Und doch: Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 ist erstmals seit Jahrzehnten wieder ein Land aus politischen Gründen von Sportveranstaltungen ausgeschlossen worden. Russische und belarussische Athlet:innen wurden von den meisten Wertsportverbänden und dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) gesperrt.

Im Jahr 2023 leitete das IOC unter Thomas Bach jedoch eine Kehrtwende ein und ließ russische Athlet:innen unter strengen Auflagen wieder zu: ohne Teamwettbewerbe, unter neutraler Flagge und nur, wenn sie weder dem Militär angehören noch den Angriffskrieg öffentlich unterstützen. Bei den Sommerspielen in Paris 2024 gingen 15 russische Athlet:innen an den Start. Und auch bei den Winterspielen in Italien werden wieder russische Athlet:innen teilnehmen, allerdings verwehren einige Wertsportverbände wie der Biathlonverband den Athlet:innen die Qualifikation.

IOC-Präsident Thomas Bach begründet diesen Kurs damit, dass es aktuell weltweit mehr als ein Dutzend bewaffneter Konflikte gebe und Olympia zeigen solle, dass sportlicher Wettbewerb und ein friedliches Zusammenleben im Olympischen Dorf möglich seien. In der Praxis stößt diese Vorstellung jedoch an Grenzen: Das russische Fernsehen übertrug die Spiele in Paris nicht, mehrere Verbände boykottierten die Teilnahme und die neutral startenden Athlet:innen wurden in Russland teils heftig kritisiert. Das IOC verweist darauf, die Rechte einzelner Athlet:innen schützen zu wollen, indem es sie nicht allein aufgrund ihrer Nationalität ausschließt. Der Verein Athleten Deutschland, die unabhängige Vertretung der Bundeskaderathlet:innen in Deutschland, warnte allerdings gegenüber dem ZDF, dass auch neutrale Athlet:innen für Propagandazwecke instrumentalisiert werden könnten. Außerdem betont der Verein, dass auch die Rechte der ukrainischen Athlet:innen berücksichtigt werden müssten.

Prof. Dr. Reiche sagt, dass ihm vor allem die Athlet:innen leid tun, weil Boykotte meist die falschen trafen. Wie schwierig es ist, klare Ausschlusskriterien für Sport- oder Kulturveranstaltungen zu definieren, zeigte zuletzt die Debatte um die israelische Teilnahme am Eurovision Song Contest 2025. Am Ende bleibt für Reiche: »Es ist eine Debatte, in der es keine gute Antwort gibt.«



Junge Rekruten bei der Abschlussübung der Grundausbildung Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz des Wachbataillons. Nach der Wehrdienstreform werden diese voraussichtlich deutlich mehr junge Männer absolvieren.

Zumutung oder Notwendigkeit?

Die Debatte über die Wehrpflicht

VON THERESA SCHILLER

Nach monatelangen Streitigkeiten ist sie seit Herbst 2025 beschlossene Sache: die Reform des deutschen Wehrdienstes. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 und den seither deutlich gesunkenen Rekrutierungen soll nun, in Anlehnung an die NATO-Forderungen, die Bundeswehr deutlich vergrößert werden. Das soll mit verpflichtenden Musterungen für alle Männer ab Jahrgang 2008 erreicht werden – der Dienstantritt selbst bleibt vorerst freiwillig.

Warum kommt diese Reform gerade jetzt?

Befürworter betonen, dass sich die internationale Bedrohungslage durch Akteure wie Russland oder die veränderte Politik in den USA im Verlauf der letzten Jahre erheblich zugespitzt habe. Darauf berufen sich Unterstützer der Wehrpflicht wie beispielsweise Politikwissenschaftler Oliver Rolofs, der im »Cicero« angesichts des Sicherheitsaspektes mehr Entschlossenheit und Wehrfähigkeit fordert. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung spricht sich sogar für eine Rückkehr zur vollständigen Wehrpflicht aus, wie eine Forsa-Umfrage für die Zeitschrift »Stern« im Oktober 2025 zeigte. Angesichts dessen scheint die Reform des Wehrdienstes nicht nur logisch, sondern sogar fast überfällig.

Doch es gibt auch Gegenstimmen. Dr. Christian Bartolf graduierte 1987 mit Diplom am Otto-Suhr-Institut und ist Verfasser des internationalen »Manifests gegen die Wehrpflicht und das Militärsystem« von 1993. Bartolf verweist auf die besondere geschichtliche Verantwortung Deutschlands, »alle Möglichkeiten der internationalen Diplomatie wahrzunehmen« statt militärisch aufzurüsten. Er stellt der im öffentlichen Diskurs bisweilen geforderten »Kriegstüchtigkeit« die »Friedensfähigkeit« entgegen.



© Christian Bartolf

Dr. Christian Bartolf machte in den 80ern sein Diplom in Politikwissenschaft am OSI. Er ist Vorsitzender des Gandhi-Informations-Zentrums, ein gemeinnütziger Verein, welcher Forschung und Bildung für Gewaltfreiheit betreibt, sowie Buchautor und verfasste so unter anderem ein internationales »Manifest gegen die Wehrpflicht und das Militärsystem«. Dr. Bartolf war außerdem viele Jahre als professioneller Berater für Kriegsdienstverweigerer für die Evangelische Kirche tätig.

Was kann der beschlossene Gesetzentwurf leisten?

Die NATO-Vereinbarungen zur Stärke der Bundeswehr sollen mithilfe der jüngst vereinbarten Reform umgesetzt werden. Klar ist aber, dass die Bundeswehr nicht von jetzt auf gleich auf den Personalstand von vor über zehn Jahren zurückkehren kann. Deswegen sollen laut Gesetzentwurf sämtliche Strukturen erst nach und nach wieder hochgefahren werden. Ob das gelingt, ist fraglich, denn die Reform beruht auf Freiwilligkeit und die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung ist laut Bericht der Neuen Osnabrücker Zeitung aktuell auf einen Höchststand seit 2011 gestiegen. Und Bartolf erinnert daran, dass bereits die amtsärztliche Untersuchung im Musterungsprozess einen Eingriff in das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit darstellen kann.

Verlangt der Staat jungen Menschen zu viel ab?

Außerdem ist die Reform der Wehrpflicht unter jungen Menschen deutlich unbeliebter als in der allgemeinen Bevölkerung, was unter anderem die Umfrage von Forsa beweist. Zwar soll die Attraktivität der Bundeswehr gesteigert werden, etwa mit höheren Löhnen. Die Frage, wie man uns junge Menschen zu mehr freiwilligem Engagement motivieren kann, ist aber oft nur Nebensache. Da fühlen sich manche angesichts mangelnder Antworten auf Zukunftsfragen von der Politik im Stich gelassen – nicht nur beim Thema Wehrpflicht, sondern auch in Sachen Klima- und Rentenpolitik. Es wäre nur ratsam, der jungen Generation mehr Gehör zu schenken. Schließlich sind es die jungen Menschen, auf die die neue Wehrpflichtreform setzt.



FACEBOOK:
@osi-zeitung

Politik. Perspektiven. Persönlicher Austausch.



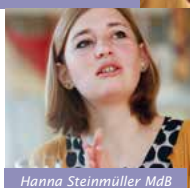
Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin



Fall-School 2024



Renate Künast



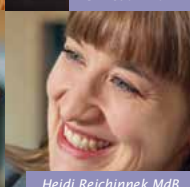
Hanna Steinmüller MdB



Christian Dürr



Jens Spahn MdB



Heidi Reichinnek MdB



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB



Mathias Roth



Margo Wieseler | Alois Rainer MdB



Tina Groll

Prof. Dr. Peter Brandt

Der OSI-Club verbindet Generationen von OSlaner:innen: Studierende und Berufstätige, die ihr Studium am Otto-Suhr-Institut absolviert haben, ebenso wie Lehrende und Mitarbeitende. Als modernes Alumni-Netzwerk bringt der Club Ehemalige mit aktuellen OSI-Angehörigen ins Gespräch – ein Netzwerk mit Basis in Berlin und Kontakten weltweit.

Gemeinsam fördern wir den Austausch zwischen Studium und Praxis, unterstützen das OSI in Lehre und Öffentlichkeit und knüpfen ein starkes berufliches Netzwerk.



Mit Formaten wie Inside OSI, Alumni-Stammtischen, Besuche am Arbeitsplatz, der Fall-School, Schreibwerkstätten und der Sitzungswoche-Sprechstunde mit Abgeordneten bieten wir vielfältige Gelegenheiten für Austausch, Einblicke und neue Kontakte.

**OSI
CLUB**

Verein der Freundinnen
und Freunde des Otto-Suhr-Instituts e.V.

OSI-Club · Ihnstraße 22 · Zi. 111
14195 Berlin · info@osi-club.de www.osi-club.de



Das OSI Netzwerk



support.points: Anlaufstelle bei psychischen Problemen

Wie steht es um das »Mental-Wellbeing-Projekt«?

VON ALISSA JASCHIK

Während der Corona-Pandemie stieg die mentale und psychische Belastung vieler Studierender. Was deswegen im Jahr 2022 als »Mental-Well-being«-Projekt begann, ist heute ein dauerhaftes Angebot der Zentraleinrichtung Studienberatung: die support.points.

»Die Haupttätigkeit ist eigentlich seit Anfang 2023 relativ gleich geblieben. Ich glaube, die Bekanntheit hat sich geändert und es ist kein Projekt mehr«, meint Julian Rau, der sich als Psychologe seit März 2025 die Stelle am support.point des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften mit Judith Apell teilt. Auch das Wissen um die spezifischen Bedürfnisse der Fachbereiche sei gewachsen, was gezieltere Angebote ermögliche. Ein Beispiel ist die »Mental Health Awareness Week« mit Workshops und Austauschtreffen in Kooperation mit der psychologischen Beratung der FU.

Inzwischen hat das Präsidium entschieden, einen Teil des zunächst temporären Projektes zu verstetigen: Mindestens eine Beratungsstelle pro Fächergruppe soll erhalten bleiben. Ein weiterer Teil konnte aus eigenen Mitteln bis Mitte 2026 gesichert werden. Dr. Petri, Leiter der Zentraleinrichtung Studienberatung und psychologische Beratung, wünscht sich darüber hinaus mehr Anlaufstellen, um die Erreichbarkeit auch künftig sicherzustellen, notfalls mit verkürzten Öffnungszeiten. Die »Mental Health Awareness Weeks« beispielsweise stünden ausdrücklich nicht zur Disposition, betont Dr. Petri. Lediglich Umfang

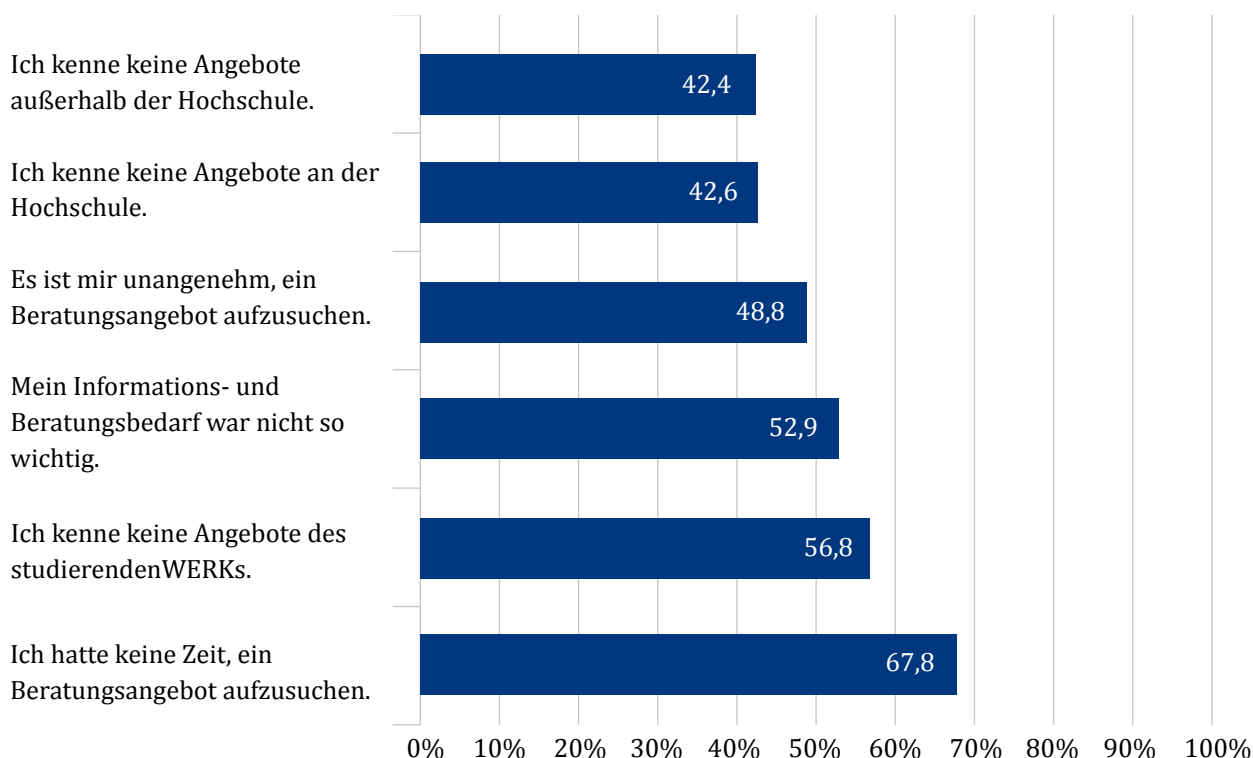
Julian Rau ist Psychotherapeut an der Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung der FU Berlin. Er betreut am support.point die Fachbereiche Rechts-, Wirtschafts- und Geowissenschaften. Zudem übernimmt er die Vertretung im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften sowie an den Zentralinsituten. Neben Einzelberatungen bietet er auch Workshops und Gruppengespräche an.

Dr. Stefan Petri ist Psychologe und leitet die Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung der FU Berlin. Er berät Studieninteressierte und Studierende und ist zudem Vorsitzender des Direktoriums der Einrichtung sowie des universitären Beirats für Qualitätssicherung. Außerdem ist er Sprecher der AG Studienberatung der Berliner Hochschulen.

und Personalaufwand müssten gegebenenfalls angepasst werden.

Ein Blick in den aktuellen University Health Report 2025 ergibt ein ambivalentes Bild: Rund 75 Prozent der 1868 befragten FU-Studierenden gaben an, im Jahr 2024 psychologischen Beratungsbedarf gehabt zu haben. Doch nur 41,5 Prozent davon nutzten universitäre Anlaufstellen. Die Diskrepanz zwischen Beratungsbedarf und Nutzung wirft Fragen zur Erreichbarkeit, Sichtbarkeit und Gestaltung des vorhandenen Angebotes auf. Petri führt sie auf die grundsätzliche Ausrichtung zurück. Während sich die erste Projektphase auf Studierende konzentrierte, richtet sich der Blick inzwischen auch auf die Beschäftigten. Es gehe vor allem um kommunikative Kapazitäten, also darum, wen man wie erreicht. Die zentrale Herausforderung bleibe die Ansprache. »Das ist zugegebenermaßen nicht so ganz einfach, die Studierenden da abzuholen und anzusprechen«, sagt Dr. Stefan Petri.

Warum viele Studierende die Angebote nicht nutzen, zeigen die Antworten im Health Report: An erster Stelle stehen Zeitmangel und fehlende Informationen über das Angebot. Ebenfalls häufig genannt wurde das Gefühl, der eigene Bedarf sei nicht wichtig genug, und dass es unangenehm sei, ein Beratungsangebot aufzusuchen (siehe Tabelle). Genau an dieser Stelle sollte sich aber die Niedrigschwelligkeit der support.points beweisen. »Wir sagen: Eigentlich kann das Problem nicht zu klein sein, wenn du das Bedürfnis hast, mit jemandem zu sprechen. Und dann ist es gut, einfach hinzugehen!«, betont Petri.



Gründe für Nichtinanspruchnahme von Beratung trotz Bedarf

Anteil der Studierenden, die trotz Beratungsbedarf aus den genannten Gründen keine Beratung in Anspruch genommen haben, Mehrfachnennungen waren möglich; Angaben in Prozent mit 96%-Konfidenzintervall (n=1192)

Die Einordnung, wie lösbar ein Problem sei und wie man weitermachen könne, seien genau die Kompetenzen, die die Psychologen fördern wollten.

Besonders sichtbar sei der Beratungsbedarf bei Arbeitsbelastung und dem Freiraum der Studiengänge im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaft, so Psychologe Rau. Eine Kombination aus gesellschaftlichen Diskursen und wenig Struktur im Studium könne zu Überforderung oder Leistungsdruck führen – nicht weniger relevant als klinische Diagnosen wie Depressionen. »Wenn einem etwas auffällt, dann gibt es einen Ort und Personen, mit denen man da in Kontakt treten kann.« beteuert der Psychologe.

Beratungszeiten am FB Politik- und Sozialwissenschaften

Ansprechpersonen:

Julian Rau und Judith Appell

Kontakt: support.point.polsoz@studienberatung.fu-berlin.de

Offene Sprechstunde (ohne Termin)

Mittwoch 11-13 Uhr

Terminsprechstunde:

Dienstagvormittag – Termine selbstständig hier buchen: <https://terminplaner6.dfn.de/de/b/8fbb1d9eafa7161c-7f4c64d767a6bbd5-290882>

Online Terminsprechstunde:

Freitagvormittag – Termine selbstständig hier buchen: <https://terminplaner6.dfn.de/de/b/84b8b7262939557988513079f6205f8d-231234>



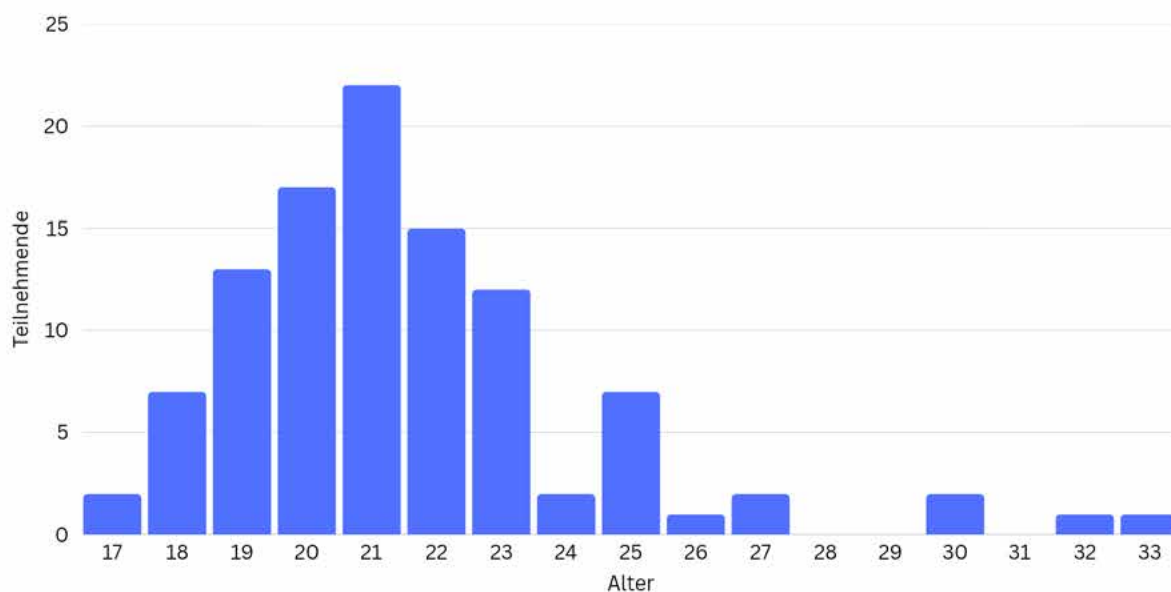
Jung und westdeutsch

Umfrage unter OSI-Studierenden

VON CLAIRE SAUTREAU

Ob bei der Bewerbung an der FU, in den riesigen Vorlesungen der ersten Semester oder beim Abschluss: Die Frage, wer studiert eigentlich am OSI, haben sich viele von uns schon gestellt. Daher hat die OSI-Zeitung in diesem Semester zum ersten Mal eine Umfrage* durchgeführt. Ist die OSI-Studierendenschaft so privilegiert, wie manche es glauben? Ist das OSI so international, wie die Reputation der FU es glauben lässt? An der Umfrage haben im Zeitraum von Mitte Dezember bis Anfang Januar 2025 knapp über 100 Studierende teilgenommen und sie ist deshalb nur bedingt repräsentativ.

Festhalten lässt sich: Knapp zwei Drittel von uns sind nicht männlich und das mediane Alter liegt bei 21 Jahren. Für alle, die ein paar Vorstellungsrunden in Seminaren erlebt haben, ist es wenig überraschend, dass 66 % Politikwissenschaft im Mono-Bachelor studieren. Die meisten befinden sich im ersten (43,3 %) oder dritten (34,7 %) Semester.

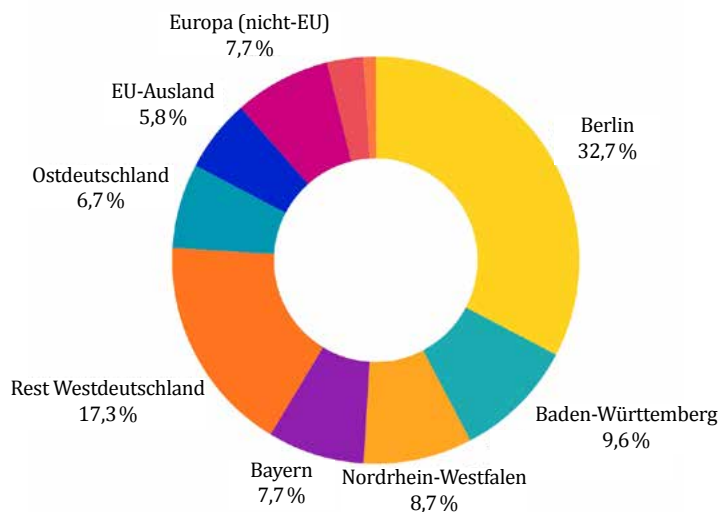


Alter (Frage: »Wie alt bist du?«)

Internationalität am OSI: Mythos oder Wahrheit?

Fast ein Drittel der Studierenden am OSI, die an der Umfrage teilgenommen haben, sind aus Berlin. Ansonsten sind Baden-Württemberg (9,6%), Nordrhein-Westfalen (8,7%) und Bayern (7,7%) gut vertreten. Ostdeutschland ist in der Umfrage mit unter 7% eher unterrepräsentiert: An der FU sind laut offiziellen Zahlen fast 17% der Studierenden aus den ostdeutschen Bundesländern.

Zwar sind knapp 16% im Ausland geboren, aber nur 8% der Studierenden am OSI haben im Ausland die Schule abgeschlossen. Viele waren also im deutschen Bildungssystem, bevor sie mit der Uni angefangen haben. Etwas mehr OSI-Studierende kommen aus dem europäischen Nicht-EU Ausland (7,7%) als aus dem EU-Ausland (5,8%). Das OSI ist also rein in Bezug auf die Herkunft der Studierenden ziemlich international.



Herkunft (Frage: »Woher kommst du? (im Zweifel Geburtsort angeben)«)

Kommen OSI-Studenten wirklich aus gesellschaftlich privilegierten Milieus?

Die Mehrheit – 57% – gaben an, keinen Migrationshintergrund zu haben. Fast 28% haben einen Migrationshintergrund durch Eltern oder Großeltern und 14% verfügen selbst über Migrationserfahrung (davon ist die Hälfte für das Studium nach Deutschland gekommen), was ungefähr dem bundesweiten Durchschnitt entspricht. In der Stichprobe hatte nur 1% Fluchterfahrung (gegenüber 4% bundesweit und 4,6% für Berlin laut dem Berliner Senat).

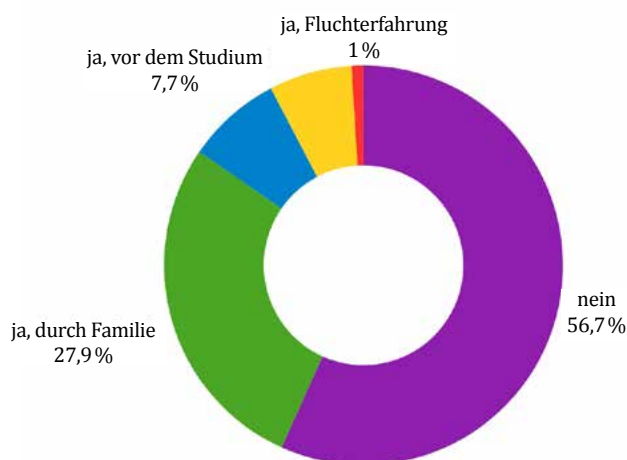
Von den OSI-Studierenden bekommen 15% BAföG (mehr als im nationalen Durchschnitt von 12,5%) und ca. 20% ein Stipendium. Zwar arbeitet ein Drittel nicht neben der Uni, aber viele haben entweder einen Minijob (33%) oder eine Teilzeitstelle (27,2%). Der Rest (6,8%) macht andere kleine Jobs wie Babysitting oder gibt Nachhilfe.

Die häufigste Einkommensquelle bleibt für 76% die Eltern und für 35,6% der Befragten am OSI ist dies auch die einzige. 46% geben außerdem Kindergeld als weitere Einkommensquelle an.

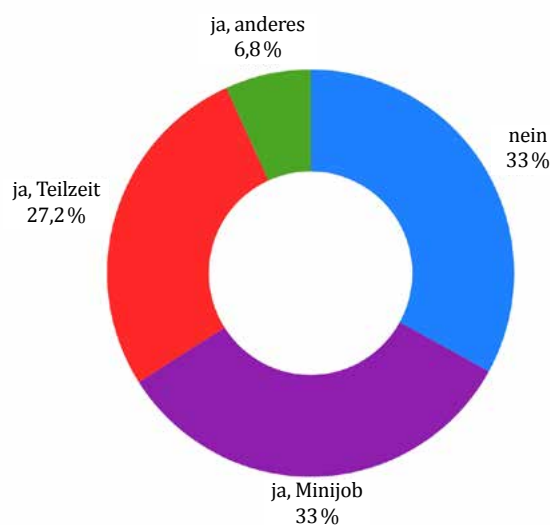
Die Wohnsituation in Berlin ist vor allem für junge Menschen kritisch. Wie gehen OSI-Studierende damit um? Ein Drittel lebt in einer eigenen Wohnung (möglicherweise mit dem Partner), 31,7% in einer Wohngemeinschaft und 9,6% in einem Studentenwohnheim. 25% wohnen bei den Eltern oder anderen Familienmitgliedern.

Die meisten OSI-Studierende sind also jung, westdeutsch und in den ersten Semestern. Unsere Vermutung: Nicht wenige brechen ab und vor allem im fünften Semester machen sie ein Austauschsemester und sind in dieser Zeit am OSI nicht präsent.

*Die Umfrage berücksichtigt Erasmus- und Austauschstudenten nicht. Sie sollen um die 6% der Studierendenschaft an der FU darstellen. Für das OSI gibt es keine festen Zahlen.



Migrationshintergrund (Frage: »Hast du einen Migrationshintergrund?«)



Jobs (Frage: »Arbeitest du neben dem Studium?«)



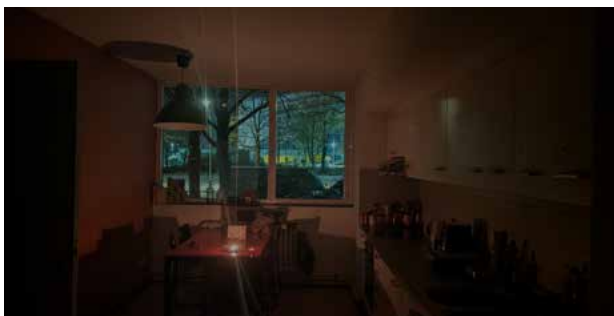
Blackout im Studentendorf

Tagebuch eines Stromausfalls

VON CLAIRE SAUTREAU

Anfang des Jahres war es in weiten Teilen Zehlendorfs dunkel und kalt: Ein Anschlag auf das Stromnetz sorgte für einen tagelangen Blackout, der auch die Bewohner:innen des Studentendorfes Schlachtensee betraf. Diese Chronik zeigt, wie sie den Stromausfall überstanden haben.

© Claire Sautreau



Samstag 03.01.2026

06:00: Die Lichter in Wannsee gehen aus. Heizung, Internet und Mobilfunknetz folgen.

15:00: Es wird angekündigt, dass der Stromausfall wohl bis Donnerstag dauern wird.

17:00: S1, S7 und Regionalzüge fahren nicht mehr.

18:00: Im Studentendorf Schlachtensee: Keine Lichter, keine Menschen.

18:30: Um meine Medikation zu lagern, muss ich in die »Außenwelt«.

20:00: Ein paar Schneebälle an die Fenster werfen statt klingeln.

© Claire Sautreau



Sonntag 04.01.2026

09:50: Auf zur Uni in überfüllten Bussen. Dort hoffen wir auf Strom, WLAN und eine Mikrowelle.

10:20: Auf dem Campus ist jedoch alles geschlossen. Ironischerweise wollte die FU Strom sparen..

15:48: Foodsharing in der Learning Lounge: Wir nehmen alles, was nicht in den Kühlschrank muss.

18:15: Der dritte überfüllte Bus fährt durch und meine Mitbewohnerin schlägt vor, bis Zehlendorf zu trampeln.

18:40: Im Rathaus Zehlendorf werden wir mit warmen Getränken, Essen und Strom für Handys und Laptops versorgt.



© lindama.x

Montag 05.01.2026

07:10: Edeka ist wieder offen und bietet Steckdosen und heißes Wasser an.

12:00: In der Anlaufstelle Onkel-Tom-Straße kann ich duschen und es gibt Essen, Kerzen – und Journalist:innen.

20:38: Wir gehen zu Edeka und holen heißes Wasser. Mit einem ausgeliehenen Gasherd versuchen wir, Suppe zu kochen.

22:05: Die Suppenaktion war erfolgreich. Musik auf dem Walkman, reden bis spät in die Nacht.



© Claire Sautreau

23:00: Unsere Nachbarn und die andere Straßenseite haben wieder Strom. Wir aber nicht.



Dienstag 06.01.2026

09:00: Die Stadt hat einen Generator bereitgestellt. Heizung und warmes Wasser funktionieren jedoch erst gegen 17 Uhr wieder. Haus 26 und 27 haben weiterhin keinen Strom.

22:38: Der Generator funktioniert nicht mehr.



Mittwoch 07.01.2026

02:00: Der Generator funktioniert wieder. Viele hatten die Lichter nicht ausgeschaltet, sodass, mitten in der Nacht in vielen Zimmern das Licht brennt.

09:35: Wir bekommen die Nachricht: Gegen elf Uhr werden wir wieder ans Stromnetz angeschlossen.

14:00: Nach vier Tagen und acht Stunden haben wir wieder regulär Strom.

ANZEIGE

Gegen Desinformation und digitale Propaganda

Social Media begünstigt die Verbreitung von Desinformation. Ihre Ursachen und Auswirkungen sind komplex – entsprechend brauchen wir viele verschiedene Gegenmaßnahmen. Unser Dossier zeigt Strategien auf, wie Desinformation wirksam eingedämmt werden kann: durch die

Förderung einer resilienten Informationsgesellschaft, durch politische Medienbildung, die Regulierung von Plattformen wie Instagram oder TikTok sowie die Stärkung von gemeinwohlorientierten Plattformen und freiem Wissen.

Hier lesen:



Mit Hilfe von KI können Bilder, Tonspuren oder Videosequenzen künstlich erzeugt oder verändert werden. Eine Folge unserer dreiteiligen

Podcast-Reihe „Digitale Propaganda“

geht der Frage nach, wie gefährlich solche KI-generierten Fälschungen für unsere Demokratie sind und wie wir deren Verbreitung entgegen wirken können.

Hier hören:



HEINRICH BÖLL STIFTUNG
Die grüne politische Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin www.boell.de
 @boellstiftung Heinrich-Böll-Stiftung



Neues aus dem OSI

Land Berlin kürzt Zuschüsse – zwei OSI-Professuren müssen wegfallen

VON MATTHIAS TANG

Mit dem Doppelhaushalt 2026/27 hat das Berliner Abgeordnetenhaus Kürzungen in den Etats der Berliner Hochschulen beschlossen. Dies bleibt nicht ohne Folgen für den Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften und das OSI: Zwei Professuren müssen im Strukturplan gestrichen werden.

Eine davon ist die Professur »Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Maghreb, Mashreg und Golf« von Cilja Harders, die nach ihrem Ausscheiden nicht wieder besetzt werden wird. Dafür wird die vorhandene Professur »Politik und Gesellschaft in Afrika« von Anja Osei dauerhaft gesichert und die Professur »Friedens- und Konfliktforschung« soll bei der Neu-Ausschreibung einen regionalen Schwerpunkt zu Maghreb, Mashreg und Golf oder Westasien- und Nordafrika erhalten.

Darüber hinaus wird die Professur »Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeit« von Philipp Lepenies aus dem Strukturplan gestrichen. Sowohl das Professorium wie auch der Institutsrat halten

das Thema »Nachhaltigkeit« dennoch für ein wichtiges Zukunftsthema, das perspektivisch als Querschnittsthema vom gesamten Kollegium umgesetzt werden soll.

Es wird bis Ende der 30er Jahre dauern, bis diese Kürzungen endgültig vollzogen sein werden. Der Geschäftsführende Direktor des OSI, Thomas Rixen, betont, dass die Einschnitte schmerzhaft seien und sämtliche Strukturkürzungen vom Institut nicht gewollt werden. Der Institutsrat erklärte, dass er die vom Präsidium geforderten Kürzungen ebenfalls grundsätzlich ablehnt, aber mit der vorgeschlagenen Lösung leben kann. Er appelliert, die betroffenen Themenfelder – Umwelt- und Klimapolitik, Nachhaltigkeit, Nahost – in der Lehre zu erhalten.

Nora Schimming Promenade beschlossen

Die Promenade direkt hinter dem OSI, die entlang des U-Bahngrabens bis zur Clayallee reicht, soll nach Nora Schimming benannt werden. Das hat jetzt die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf beschlossen – nur die AfD



war dagegen. Nora Schimming war Studentin der FU, kämpfte für die Unabhängigkeit Namibias und kam als dessen erste Botschafterin zurück nach Deutschland.

Die Idee, Nora Schimming mit einer Straße in Dahlem zu ehren, hatte die OSI-ZEITUNG 2022 verbreitet. Der ursprüngliche Plan war, die nach einem deutschen Kanonenboot benannte Ilitsstraße umzubenennen. Die Ilits hatte unter Kapitän Lans im Jahr 1900 zur Niederschlagung des sogenannten Boxeraufstandes in China beigetragen – durch Beschuss des Forts Taku.

Diese Idee fand zwar breite Unterstützung in der FU und weit darüber hinaus, wurde im Bezirksparlament aber von AfD, CDU und FDP abgelehnt. Es gelang dann aber, auch die CDU für den neuen Vorschlag zu gewinnen, die Promenade entlang der U-Bahn Nora Schimming zu widmen: Mit ihr kam sie vom Studentenheim Siegmunds Hof ins OSI. Ihre in Berlin geborene Tochter Esi, im Dezember als erste Frau dauerhaft in den Supreme Court von Namibia gewählt, will zur Benennungsfeier nach Berlin kommen.

Wahl der FU-Kanzlerin

Am 11. Februar, nach Erscheinen dieser Ausgabe der OSI-Zeitung, wird der erweiterte Akademische Senat der FU eine neue Kanzler:in wählen. Zur Wahl steht alleine Andrea Güttner, die 2021 zur Kanzlerin gewählt wurde, jedoch nur mit Wahrnehmung der Amtsgeschäfte beauftragt werden konnte. Grund dafür ist ein langjähriger Rechtsstreit mit ihrer Vorgängerin, die wegen verschiedener Vorwürfe zwangsbeurlaubt wurde. Das Oberverwaltungsgericht hat unlängst entschieden, dass trotz des noch nicht abgeschlossenen Rechtsstreits eine reguläre Neuwahl zulässig ist. Güttner hat unter anderem am OSI studiert und war vor ihrer Tätigkeit als Kanzlerin in verschiedenen Managementpositionen tätig.

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

WIR SIND

das unabhängige und meinungsoffene Magazin am Otto-Suhr-Institut
für an Politik, Politikwissenschaften und am OSI Interessierte.

WIR WOLLEN

ein Forum sein, in dem ehemalige und aktuelle OSler und
OSlerinnen sich äußern, vernetzen und publizistisch ausleben können.

WIR BIETEN

Studierenden, Beschäftigten sowie Alumni des OSIs die
Möglichkeit zu ehrenamtlicher Mitarbeit.

WIR SUCHEN

Verstärkung in allen Arbeitsbereichen der OSI-Zeitung von der
Redaktion über Gestaltung bis zum Vertrieb.

Die DahlemTour

per App durch die Wissenschaftsgeschichte

VON MARA SCHREINER

Wer heute durch Dahlem spaziert, spaziert durch deutsche Wissenschaftsgeschichte – und das nicht nur, weil hier 1948 die FU gegründet wurde. Geschichte schrieb das Quartier schon früher. Denn am heutigen Campus sollte das »deutsche Oxford« entstehen. Und tatsächlich versammelte sich hier – beginnend in der Kaiserzeit – die Hautevolee der Deutschen Wissenschaft, darunter Nobelpreisträger wie Fritz Haber, Albert Einstein, Werner Heisenberg und Otto Hahn. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sollte außeruniversitäre Forschung ermöglichen, auch in Zusammenarbeit mit der Industrie, vor allem im Bereich der Grundlagenforschung. Und das auf einem Niveau, das die deutsche Forschung international konkurrenzfähig hält. Dafür entstanden in Dahlem ab 1912 zahlreiche Institute, meist geplant vom Hofarchitekten Ernst von Ihne.

Die Max-Planck-Gesellschaft, Nachfolgerin der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, hat die App »DahlemTour« entwickelt, die die Geschichte des Wissenschaftsstandortes multimedial erfahrbar macht. Auf den Spuren der Nobelpreisträger führt die circa zweistündige Tour an zehn Stationen vorbei, den ehemaligen Instituten. Sie zeigt dabei nicht nur die Arbeitsorte, sondern verbindet persönliche Schicksale, wissenschaftliche Innovationen und Schattenseiten der Geschichte.

Der wissenschaftliche und persönliche Austausch sollte damals besonders gefördert werden. Ein zentraler Ort war das Harnack-Haus.



© Mara Schreiner

1929 als Gästehaus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet, ist das Harnack-Haus internationaler Treffpunkt des wissenschaftlichen Austauschs - damals wie heute.

Es sollte als Gästehaus und Begegnungszentrum dienen, wo beim gemeinsamen Filmschauen, Mittagessen oder Tennisspielen Gelegenheiten zum akademischen und kollegialen Miteinander geboten wurden. Die meisten Direktoren der Institute hatten am Campus ihre eigene Villa. So auch der Chemiker und Direktor des Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie, Fritz Haber. Seine repräsentative Villa wurde oft für gesellige Abende genutzt. Doch sein glamouröses Leben wankte.



Die Fritz-Haber-Villa war mehr als eine Dienstvilla; hier wurden Feste gefeiert und Gäste beherbergt.

Während des Ersten Weltkriegs leitete Haber die deutsche Giftgasforschung, was zu schweren Konflikten mit seiner Frau Clara Immerwahr und auch mit Einstein führte, die entschiedene Pazifisten waren. Immerwahr nahm sich – aus welchen Gründen auch immer – 1915 das Leben. Einstein lebte von 1914 bis 1932 in Berlin und entwickelte in dieser Zeit die Relativitätstheorie. Er leitete das Institut für Physik, das zwar schon 1917 gegründet wurde, aber lange nur in Einsteins Arbeitszimmer existierte, in seiner Schöneberger Wohnung. 1937, bei der Eröffnung des Institutsneubaus an der Boltzmannstraße, war Einstein jedoch längst in den USA, wo er nach der Machtergreifung der Nazis auch geblieben war.

Während des Nationalsozialismus wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gleichgeschaltet. Jüdische Beschäftigte wurden entlassen oder zur Flucht ins Exil genötigt. Am Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in der Ihnestraße 22 wurde die Rassenideologie der NS-Politik pseudowissenschaftlich legitimiert.

Auch die Physikerin Lise Meitner, eine der wenigen Frauen, die in Dahlem forschten, musste aufgrund ihrer jüdischen Herkunft fliehen. Sie lieferte mit Otto Robert Frisch aus dem Exil die theoretische Erklärung zur Kernspaltung, die Otto Hahn und Fritz Straßmann 1938 in ihrem Institut an der Thielallee entdeckt hatten.

Der Campus lässt sich nicht nur per App erkunden. Die Max-Planck-Gesellschaft bietet im Sommer am ersten Sonntag des Monats Führungen an. So sind alle eingeladen, in die Historie des Wissenschaftsstandorts Dahlem einzutauchen.



Am Institut für Chemie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entdeckte Otto Hahn 1938 die Kernspaltung, die von Lise Meitner aus dem Exil heraus erklärt wurde. Heute gehört das Gebäude zur FU, 2010 umbenannt in »Hahn-Meitner-Bau«.

Link zu App und Führungen:

<https://www.mpg.de/dahlemtour>



ANZEIGE

This is your story & it deserves to be seen.

QUYNH ESSENCE

ein Designstudio für

FEINSTE GRAFIK & FEINSTE PAPETERIE.

Modernes Design trifft auf
traditionelle Handwerkskunst.

Von Logos bis hin zur Geschäfts-
ausstattung & Hochzeitpapeterie –
jedes Design erzählt eine individuelle
Geschichte.

QUYNH ESSENCE . q-essence.de



Die Redaktion



Laura Bongardt (26) kommt ursprünglich aus dem in Berlin eher verhalten geliebten Bayern. Bereits seit ihrem ersten Pflichtpraktikum bei der Stadtzeitung Augsburg will sie Journalistin werden. Dafür zog sie nach Berlin und probierte einmal alles aus, von Trash-TV über die ARD bis zur Deutschen Welle. Augsburg findet sie inzwischen ganz berlinisch »süß, aber zu klein«. Wenn sie nicht am OSI Politikwissenschaften studiert, liebt sie es zu tanzen, den Landwehrkanal rauf und runter zu spazieren und viel zu oft essen zu gehen.



Felix Butzke (26) studiert im 5. Semester Politikwissenschaften an der FU und liebt Berlin so richtig. »Man kann hier die ganze Welt sehen, ohne wegzufahren«, sagt der gebürtige Brandenburger, der längst Wahlberliner durch und durch ist. Erst Bauingenieur, dann hat die Politikwissenschaft sein Interesse übernommen. Wenn er gerade nicht über Politik nachdenkt, steht Felix am Bass seiner Metalcore-Band oder growlt ins Mikrofon.



Emma Dörmann (21) studiert Politikwissenschaft am OSI und ist da meistens mit Stricknadeln in der Hand anzutreffen. Wenn gerade kein Seminar zum Thema sozialen Ungleichheit stattfindet, pendelt sie zwischen unterschiedlichen Cafes, kleinen journalistischen Aufgaben und Fahrradtouren.



Timo Gemmeke (27) studiert im Master Politikwissenschaft und dreht die dritte Runde bei der OZ. Aufgewachsen im ostwestfälischen Höxter, den Bachelor in Münster absolviert und dort für verschiedene Medien gearbeitet. Seit 2019 Redakteur, findet Forschung und Politische Bildung aber mindestens genauso spannend und wichtig wie Journalismus. Musiknerd und Plattensammler, Fan deutscher Nachkriegsliteratur und thailändischer Küche.



Lara Hamprecht (24) kommt ursprünglich aus Fulda und lebt erst seit kurzem in Berlin. Sie liebt es, neue Länder kennenzulernen, so hat sie in der Schulzeit an ganzen sechs Schüleraustauschen teilgenommen, war während dem Bachelor ein halbes Jahr in Montreal und bereiste zuletzt für vier Monate Südostasien. Was im Gepäck nie fehlen darf, sind ihre Schlittschuhe, denn sie ist leidenschaftliche Eiskunstläuferin.



Nora Höller (21) träumte als Kind davon, die Tagesschau zu moderieren. Die Welt, über die da gesprochen wurde, kam ihr damals ziemlich kompliziert vor. Heute ist sie im fünften Semester ihres PoWi-Studiums und versteht einiges mehr. Am liebsten denkt sie über feministische Themen und Lösungsansätze für soziale Ungleichheit nach. Bei der OSI-Zeitung will sie lernen, auch andere Menschen dafür zu begeistern.



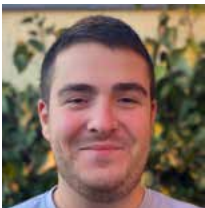
Alissa Jaschik (21) kam mit 19 aus dem Harz nach Berlin, träumte einst von Tiermedizin und landete dann in der Politikwissenschaft. Das ergab sich, als sie nach dem Abi bei einer NGO in der Kommunikation arbeitete. Heute beschäftigt sie sich beruflich mit Projekten rund um KI. Sie mag Musik mit Soul, Brokkoli mit Knoblauch und Gespräche, die nicht nach fünf Minuten vorbei sind. Ihr treuester Begleiter: ein ziemlich süßer Hund.



Dr. Christine Kolmar, in den 80ern bei den Publizisten, Historikern, OSI studiert, promoviert. Über 25 Jahre Journalistin bei ARD (Tagesschau, ARD-aktuell) und n-tv (Chefredaktion/ Ltg. Politik). Geschäftsleitung WWF, Dozentin UMC, Senior Vice President Nachhaltigkeit EnBW, Kommunikationsleitung BDL, Kommunikationsberaterin u.a. DLR. Mit Christian Walther und Matthias Tang Mentorin/ Herausgeberin der OSI-Zeitung. Sonst gerne: viel bewegen – mit und ohne Sportgeräte.



Der in Berlin-Friedenau aufgewachsene **Timon Kretschmar** (23) studiert im 3. Semester Politikwissenschaft. Nach seiner Bankausbildung verlagerte sich sein Interesse zunehmend auf Politik und Journalismus. Sollte er mal nicht mit Kaffee in der Hand über den Campus laufen, findet man ihn beim Sport oder im Fußballstadion.



Finn Pohst (25), ist an der Ostsee aufgewachsen. Am liebsten ist er mit dem Zug unterwegs, eine gute Zeitung darf dabei nie fehlen. In seiner Freizeit spielt er Akustikgitarre und unternimmt lange Fahrradtouren. Zuletzt fuhr er den Berliner Mauerweg, ganz im Sinne seiner großen Leidenschaft für Geschichte. Nach dem Abitur erlebte er in England während eines Freiwilligenjahres den Brexit und die Pandemie. Im Erasmus-Semester ging er nach Lyon in Frankreich, trotzdem hat er noch so seine Schwierigkeiten mit der französischen Sprache.



Malin Rackles (23) kommt aus Berlin und studiert seit 2022 Politikwissenschaft am OSI. In ihrem Studium interessiert sie sich besonders für die Schnittstellen von queer-feministischer, dekolonialer und antikapitalistischer Theorie und Praxis. Daneben ist sie gerne kreativ, liest viel und schreibt auch selbst.



Claire Sautreau (20) studiert im dritten Semester Politikwissenschaft und ist seit dem ersten bei der OSI-Zeitung dabei. Wie im letzten Semester schon ist sie Teil der studentischen Redaktionsleitung. In einer südfranzösischen Kleinstadt aufgewachsen, lebt sie seit 2020 in Deutschland und ist für das Studium nach Berlin gezogen. Am liebsten kocht sie, spielt Cello oder hört Musik auf dem Kassettenspieler.



Theresa Schiller (20) studiert PoWi im dritten Semester. Ursprünglich aus einer bayerischen Kleinstadt nahe Nürnberg, dann AuPair in Paris, jetzt begeistert vom Großstadtleben in Berlin. Hier Werkstudentin in der Meinungsforschung – sowas kann sie sich auch für nach dem Studium vorstellen. Großer Fan von Unisport (egal ob Zumba, Pilates oder Tennis), Spaßgetränken, Zug fahren und Büchern.



Mara Schreiner (20), aufgewachsen in Berlin-Friedrichshain, ist aktuell Studentin am OSI im 3. Semester für das Fach Politikwissenschaft. Antreffen kann man sie am Campus am besten im Fachschaftsraum, da sie bei der FSI*OSI aktiv ist, auf dem Weg zu einem Seminar mit einem Börek oder Brownie in der Hand und erkennbar dabei oft an den Boulderschuh, die an ihrer Unitasche befestigt sind. Sie ist viel unterwegs zwischen Studium, Sport und Konzerten und dabei fast immer mit einem bunten Schal um den Hals und einem Lächeln im Gesicht.



Simon Schuster (22), eingeborener Berliner, studiert im siebten Semester Geschichte und Politikwissenschaft. Daneben arbeitet er als Werkstudent bei der Deutschen Welle. Seine Schwerpunkte sind Globalgeschichte und internationale Politik. Bei der OSI-Zeitung ist er zum ersten Mal journalistisch tätig. Der passionierte Teetrinker und Musikliebhaber geht in seiner Freizeit oft ins Kino und fotografiert leidenschaftlich. Simon liebt es, auf Reisen zu gehen, gerne auch auf kulinarische Weltreisen durch die Hauptstadt.



Matthias Tang (64) OSI-Diplom 1991, hat nach Tätigkeiten als freier Journalist und Kulturredakteur viele Jahre im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus und im Deutschen Bundestag und als Pressesprecher der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz gearbeitet. Seit 2019 Leiter Presse und Kommunikation am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) am GFZ.



Lara Wagner (22) wäre fast Archäologin geworden und ist jetzt doch im PoWi-Bachelor gelandet. Nach ihrem Abi in der Nähe von Stuttgart hat sie schon in Georgien und Frankreich gelebt und genießt seit einem Jahr mit großer Leidenschaft das Kulturprogramm der Hauptstadt. Lara liest und debattiert gerne, schreibt manchmal für die TITANIC und hat kürzlich das Klettern für sich entdeckt.



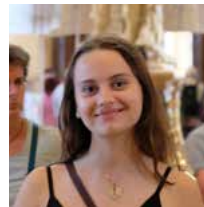
Dr. Christian Walther (69) OSI-Diplom 82, IfPuK-Diss 2015. Über 25 Jahre Abendschau, knapp 10 Jahre Pressechef FU, SenBWF & Leibniz. Engagiert im HugenottenMuseum, Autor (»Des Kaisers Nachmieter«). Ex-Vorsitzender OSI-Club und DJV-Berlin/JVBB. Mehrfach Lehrbeauftragter. Jetzt mit Christine Kolmar und Matthias Tang Herausgeber/Mentor der OSI-Zeitung. Schwimmt – und hört Klassik, Jazz, Simon & Garfunkel.



Franka Weiß (24) studiert Politikwissenschaft. Ursprünglich aus Hamburg, hat sie vor dem Umzug in die Hauptstadt noch einen ziemlichlichen Umweg hingelegt: Nach der Mischung verschiedenster Jobs und Soloreisen um (fast) die halbe Welt fühlt sie sich nun – zwischen 70ct-Cappuccino, vielen neuen Eindrücken, Lernmöglichkeiten und Bekanntschaften – sehr wohl am OSI und in Berlin.



Schon in der sechsten Klasse hat **Judith Wicke** (19) auf die Frage nach dem Berufswunsch mit »Politikwissenschaften studieren« geantwortet und erfüllt sich diesen Traum jetzt am OSI. Nach dem Abitur und einer Reise durch Tansania kam sie für die Arbeit in der Kältehilfe und ein Praktikum in der Politikforschung nach Berlin. Sie kann dem Deutschlandfunk stundenlang zuhören und ist mit einer Sammlung von 200 Heften wohl der größte Reclam-Fan.



Marie Zwicker (22) schreibt das zweite Mal für die OSI- Zeitung. Abitur in Trier, seit zwei Jahren in Berlin, erlebt dort am liebsten die kulturellen und politischen Räume. Ansonsten zu finden in Kiefernwäldern, auf Debattierturnieren oder im Nachtzug quer durch Europa.

OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

IMPRESSUM:

Die OSI-ZEITUNG wird herausgegeben durch den Förderverein OSI-ZEITUNG e.V.

HERAUSGEBER (V.i.S.d.P.):

Dr. Christine Kolmar (Schwerpunktthema), Matthias Tang (Campus/Debatte),
Dr. Christian Walther (Leute/Kultur)

REDAKTIONSLEITUNG:

Timo Gemmeke, Claire Sautreau, Marie Zwicker

REDAKTION:

Laura Bongardt, Felix Butzke, Emma Dörmann, Timo Gemmeke, Lara Hamprecht,
Nora Höller, Alissa Jaschik, Finn Pohst, Malin Rackles, Claire Sautreau, Theresa Schiller,
Mara Schreiner, Simon Schuster, Lara Wagner, Judith Wicke, Marie Zwicker

WEBSITE:

Franka Weiß, Matthias Tang

GESTALTUNG:

Anh Quynh Tran

KONTAKT:

info@osi-zeitung.de